GESETZBLATT

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

1964

Ausgegeben, Stuttgart, Donnerstag, 26. März 1964

Nr. 8

Tag	Inhalt:	Seite
20. 3. 64	Straßengesetz für Baden-Württemberg	127
17. 3. 64	Gesetz über die Feststellung eines Ersten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Rechnungsjahr 1964	150

Straßengesetz für Baden-Württemberg

Vom 20. März 1964

INHALTSÜBERSICHT:

	§§		§§
Erster Teil: Allgemeine Bestimmungen	1-44	8. Abschnitt: Beleuchtung und Reinhaltung der öffentlichen Straßen	43-44
1. Abschnitt: Öffentliche Straßen und Straßenbaulast	1-10	Zweiter Teil: Träger der Straßenbaulast	45-49
2. Abschnitt: Eigentum an öffentlichen Straßen ...	11-14	Dritter Teil: Aufsicht und Zuständigkeiten	50-55
3. Abschnitt: Benutzung der öffentlichen Straßen .	15-23	Vierter Teil: Ordnungswidrigkeiten, Übergangs- und Schlußbestimmungen	56-75
4. Abschnitt: Anbau an öffentlichen Straßen und Veränderungssperre	24-29	1. Abschnitt: Ordnungswidrigkeiten	56
5. Abschnitt: Schutz der öffentlichen Straßen	30-32	2. Abschnitt: Übergangsbestimmungen	57-66
6. Abschnitt: Kreuzungen und Umleitungen	33-36	3. Abschnitt: Schlußbestimmungen	67-75
7. Abschnitt: Planung, Planfeststellung und Ent- eignung	37-42		

Der Landtag hat am 27. Februar 1964 das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

1. Abschnitt

Öffentliche Straßen und Straßenbaulast

§ 1

Geltungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Rechtsverhältnisse der öffentlichen Straßen. Für Bundesfernstraßen gilt es nur, soweit dies ausdrücklich bestimmt ist.

§ 2

Öffentliche Straßen

(1) Öffentliche Straßen im Sinne dieses Gesetzes sind Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind.

(2) Zu den öffentlichen Straßen gehören:

1. der Straßenkörper; das sind insbesondere
 - a) der Straßenuntergrund, der Straßenunterbau, die Straßendecke, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Durchlässe, Brücken und Tunnel;
 - b) die Fahrbahnen, Haltestellenbuchten, Gehwege, Radwege, Parkplätze, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Materialbuchten;
2. der Luftraum über dem Straßenkörper;
3. das Zubehör; das sind die Verkehrszeichen und -einrichtungen sowie Verkehrsanlagen

aller Art, die der Sicherheit oder Leichtigkeit des Straßenverkehrs oder dem Schutz der Straßenanlieger dienen, und die Bepflanzung auf dem Straßenkörper;

4. die Nebenanlagen; das sind Einrichtungen, die vorwiegend den Aufgaben der Straßenbauverwaltung dienen, wie Straßenmeistereien, Gerätehöfe, Straßenwärterhütten, Lagerplätze und Entnahmestellen.

§ 3

Einteilung

(1) Die Straßen werden nach ihrer Verkehrsbedeutung in folgende Gruppen eingeteilt:

1. Landesstraßen; das sind Straßen, die untereinander oder zusammen mit Bundesfernstraßen ein Verkehrsnetz bilden und vorwiegend dem durchgehenden Verkehr innerhalb des Landes zu dienen bestimmt sind;
2. Kreisstraßen; das sind Straßen, die vorwiegend dem überörtlichen Verkehr zwischen benachbarten Kreisen oder innerhalb eines Kreises zu dienen bestimmt sind, ferner die für den Anschluß einer Gemeinde an überörtliche Verkehrswege erforderlichen Straßen;
3. Gemeindestraßen; das sind Straßen, die vorwiegend dem Verkehr zwischen benachbarten Gemeinden oder innerhalb der Gemeinden zu dienen bestimmt sind.

(2) Die Gemeindestraßen werden wie folgt eingeteilt:

1. Gemeindeverbindungsstraßen; das sind Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage und außerhalb eines in einem Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets, die vorwiegend dem Verkehr zwischen benachbarten Gemeinden oder Gemeindeteilen zu dienen bestimmt sind, ferner die dem Anschluß an überörtliche Verkehrswege dienenden Straßen, soweit sie nicht nach Absatz 1 Nr. 2 Kreisstraßen sind;
2. Ortsstraßen; das sind Straßen, die vorwiegend dem Verkehr innerhalb der geschlossenen Ortslage oder innerhalb eines in einem Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets zu dienen bestimmt sind, mit Ausnahme der Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen, Landesstraßen und Kreisstraßen;
3. die sonstigen einem allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr dienenden Straßen;

4. beschränkt öffentliche Wege; das sind Wege, die einem auf bestimmte Benutzungsarten oder Benutzungszwecke beschränkten Verkehr dienen. Hierzu gehören insbesondere

- a) die der Bewirtschaftung von Feld- und Waldgrundstücken dienenden öffentlichen Wege (öffentliche Feld- und Waldwege),
- b) die Friedhof-, Kirch- und Schulwege, die Wander- und sonstigen Fußwege, ferner die Radwege, soweit diese nicht Bestandteil einer anderen öffentlichen Straße sind.

(3) Zu den Straßen im Sinne des Absatzes 1 gehören jeweils auch die Gehwege und Radwege mit eigenem Straßenkörper, soweit sie im Zusammenhang mit einer Straße stehen und mit dieser im wesentlichen gleichlaufen.

(4) Eine öffentliche Straße erhält unbeschadet des § 57 Abs. 1 Satz 1 bis 3 die Eigenschaft als Landesstraße, Kreisstraße oder Gemeindestraße durch Einstufung (§ 5 Abs. 3 Satz 1) oder Umstufung (§ 6 Abs. 1).

(5) Das Innenministerium wird ermächtigt, im Benehmen mit dem Finanzministerium durch Rechtsverordnung den Begriff des Gemeindeteiles im Sinne von Abs. 2 Nr. 1 näher zu bestimmen; es kann dabei auch eine Mindesteinwohnerzahl vorschreiben.

§ 4

Straßenverzeichnisse

(1) Für die Landesstraßen, die Kreisstraßen und die Gemeindeverbindungsstraßen werden jeweils besondere Straßenverzeichnisse geführt. In die Verzeichnisse sind insbesondere die Länge der Straße, die Träger der Straßenbaulast sowie die etwa vorhandenen Ortsdurchfahrten aufzunehmen. Die Landesstraßen und die Kreisstraßen sind zu numerieren. Das Nähere über das Eintragungsverfahren sowie über Inhalt und Führung der Verzeichnisse wird durch Rechtsverordnung des Innenministeriums geregelt.

(2) Für die Führung der Straßenverzeichnisse sind bei Landesstraßen, Kreisstraßen und Gemeindeverbindungsstraßen in den Stadtkreisen und Großen Kreisstädten die Regierungspräsidien, bei Gemeindeverbindungsstraßen in den übrigen Gemeinden die Landratsämter als untere Verwaltungsbehörden zuständig.

(3) Die Einsicht in die Verzeichnisse ist jedem gestattet, der ein berechtigtes Interesse nachweist. Auf Antrag sind gegen Kostenersatz insoweit Auszüge zu erteilen, als Einsicht zu gewähren ist.

§ 5

Widmung

(1) Voraussetzung für die Widmung im Sinne des § 2 Abs. 1 ist, daß der Träger der Straßenbaulast Eigentümer der der Straße dienenden Grundstücke ist oder die Eigentümer und die sonst zur Nutzung dinglich Berechtigten der Widmung zugestimmt haben oder der Träger der Straßenbaulast den Besitz durch Vertrag, durch Einweisung nach § 42 Abs. 4 oder in einem sonstigen gesetzlich geregelten Verfahren erlangt hat.

(2) Es sind zuständig für die Widmung von

1. Landesstraßen die höhere Straßenbaubehörde und, wenn die zu widmende Straße sich über mehrere Regierungsbezirke erstreckt, die oberste Straßenbaubehörde,
2. Kreisstraßen und Gemeindestraßen sowie in den Fällen, in denen die Gemeinden nach § 45 Abs. 3 Träger der Straßenbaulast sind, die Straßenbaubehörde.

Soll Träger der Straßenbaulast ein anderer als das Land, der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande, ein Landkreis, eine Gemeinde oder ein Zweckverband werden, so ist für die Widmung die Straßenaufsichtsbehörde zuständig.

(3) In der Widmung ist die Gruppe, zu der die Straße gehört (§ 3 Abs. 1), zu bestimmen (Einstufung). Die Widmung kann auf bestimmte Benutzungsarten oder Benutzungszwecke beschränkt werden.

(4) Die Widmung ist öffentlich bekanntzumachen.

(5) Die Widmung kann von den nach Absatz 2 zuständigen Behörden nachträglich erweitert oder beschränkt werden, soweit nicht die Straßenverkehrsbehörden ausschließlich zuständig sind. Bei Erweiterungen ist nach den Vorschriften über die Widmung, bei Beschränkungen, ausgenommen in den Fällen des § 16 Abs. 1, nach den Vorschriften über die Einziehung zu verfahren.

(6) Werden Straßen, Wege oder Plätze auf Grund eines förmlichen Verfahrens nach anderen gesetzlichen Vorschriften für den öffentlichen Verkehr angelegt, so gelten sie mit der endgültigen Überlassung für den Verkehr als gewidmet. Die nach Absatz 2 zuständige Behörde bestimmt die Gruppe, zu der die Straße gehört, und beschränkt, soweit erforderlich, die Überlassung für den Verkehr auf bestimmte Benutzungsarten oder Benutzungszwecke. Sie hat diese Verfügungen und den Zeitpunkt der endgültigen Überlassung für den Verkehr öffentlich bekanntzumachen.

(7) Wird eine Straße verbreitert, durch Verkehrsan-

lagen ergänzt oder unwesentlich verlegt, so werden die neuen Straßenteile durch die Überlassung für den Verkehr gewidmet; einer öffentlichen Bekanntmachung bedarf es nicht. Die neuen Straßenteile dürfen dem Verkehr nur überlassen werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen.

(8) Durch privatrechtliche Verfügungen oder durch Verfügungen im Wege der Zwangsvollstreckung über die der Straße dienenden Grundstücke oder Rechte an ihnen wird die Widmung nicht berührt.

§ 6

Umstufung

(1) Ändert sich die Verkehrsbedeutung einer Straße (§ 3 Abs. 1), so ist die Straße in die entsprechende Straßengruppe umzustufen (Aufstufung, Abstufung).

(2) Für die Umstufung ist das Regierungspräsidium zuständig. Wird eine Bundesfernstraße abgestuft, so ist für die Bestimmung der Straßengruppe die oberste Straßenbaubehörde zuständig.

(3) Die an der Umstufung beteiligten Träger der Straßenbaulast sind vor der Umstufung in mündlicher Verhandlung zu hören. Die Umstufung soll zum Beginn eines Rechnungsjahres wirksam werden.

(4) Die Umstufung und die Bestimmung der Straßengruppe nach Absatz 2 Satz 2 sind öffentlich bekanntzumachen.

§ 7

Einziehung

(1) Eine Straße kann eingezogen werden, wenn sie für den Verkehr entbehrlich ist oder wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Einziehung erforderlich machen.

(2) Für die Einziehung sind die in § 5 Abs. 2 Satz 1 genannten Behörden zuständig. Ist Träger der Straßenbaulast ein anderer als das Land, der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande, ein Landkreis, eine Gemeinde oder ein Zweckverband, so ist die Straßenaufsichtsbehörde für die Einziehung zuständig.

(3) Die Absicht der Einziehung ist den von der Straße berührten Gemeinden mindestens drei Monate vorher mitzuteilen und von diesen auf Kosten des Trägers der Straßenbaulast unverzüglich öffentlich bekanntzumachen. Von der Bekanntmachung kann abgesehen werden, wenn die Straße in den im Planfeststellungsverfahren nach § 41 Abs. 2 Satz 1 ausgelegten Plänen als zur Einziehung bestimmt kenntlich gemacht worden ist.

(4) Die Einziehung ist öffentlich bekanntzumachen.

(5) Soll eine Straße auf Grund eines förmlichen Verfahrens nach anderen gesetzlichen Vorschriften dem öffentlichen Verkehr entzogen werden, so gilt sie mit dem Zeitpunkt als eingezogen, in dem sie dem öffentlichen Verkehr entzogen wird; die nach Absatz 2 zuständige Behörde hat diesen Zeitpunkt öffentlich bekanntzumachen.

(6) Wird beim Ausbau oder Umbau einer Straße ein Straßenteil auf Dauer dem Gemeingebrauch entzogen, ohne daß der Zugang zu einem angrenzenden Grundstück beeinträchtigt wird, so bedarf die Einziehung nicht der öffentlichen Bekanntmachung; Absatz 3 ist nicht anzuwenden.

(7) Mit der Einziehung verliert die Straße die Eigenschaft einer öffentlichen Straße; widerrufliche Sondernutzungen entfallen.

§ 8

Ortsdurchfahrt

(1) Eine Ortsdurchfahrt ist der Teil einer Landesstraße oder einer Kreisstraße, der innerhalb der geschlossenen Ortslage liegt. Geschlossene Ortslage ist der Teil des Gemeindegebiets, der in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut ist. Einzelne unbebaute Grundstücke, zur Bebauung ungeeignetes oder ihr entzogenes Gelände oder einseitige Bebauung unterbrechen den Zusammenhang nicht.

(2) Beginn und Ende einer Ortsdurchfahrt sind festzusetzen, wenn eine Landesstraße oder eine Kreisstraße gebaut oder eine Gemeindestraße aufgestuft wird. Bei erheblichen Veränderungen in der Bebauung sind Beginn und Ende der Ortsdurchfahrt neu festzusetzen.

(3) Eine Ortsdurchfahrt kann abweichend von den Vorschriften des Absatzes 1 zugunsten der Gemeinde verkürzt werden, wenn die Länge der Ortsdurchfahrt wegen der Bebauung in einem offensichtlichen Mißverhältnis zur Einwohnerzahl der Gemeinde steht. Die Verkürzung läßt die Anbaubeschränkungen nach den §§ 24 bis 28 und die Verpflichtungen nach § 43 unberührt.

(4) Führt die Ortsdurchfahrt über Straßen und Plätze, die erheblich breiter angelegt sind als die anschließende Strecke der Landesstraße oder der Kreisstraße, so ist die seitliche Begrenzung der Ortsdurchfahrt besonders festzusetzen.

(5) Reicht die Ortsdurchfahrt für den Verkehr nicht aus, so kann auf Antrag der Gemeinde eine für die

Aufnahme des durchgehenden Verkehrs geeignete Straße als zusätzliche Ortsdurchfahrt festgesetzt werden; zugleich sind Beginn und Ende dieser Ortsdurchfahrt festzusetzen. Die Festsetzung nach Satz 1 Halbsatz 1 ersetzt die Aufstufung; sie ist öffentlich bekanntzumachen.

(6) Zuständig für die Festsetzungen nach den Absätzen 2 bis 5 ist bei Landesstraßen die höhere Straßenbaubehörde, bei Kreisstraßen die Straßenbaubehörde. Vor der Festsetzung ist die Gemeinde, bei Landesstraßen in der Straßenbaulast des Landeskommunalverbands der Hohenzollerischen Lande auch der Landeskommunalverband zu hören. In den Fällen der Absätze 3 und 4 ist bei Landesstraßen in der Straßenbaulast des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande das Einvernehmen mit dem Landeskommunalverband, in den Fällen des Absatzes 4 das Einvernehmen mit der Gemeinde erforderlich; kommt ein Einvernehmen nicht zustande, so entscheidet über die Festsetzung bei Landesstraßen die oberste Straßenbaubehörde, bei Kreisstraßen die höhere Straßenbaubehörde.

§ 9

Ortsumgehung

Eine Ortsumgehung ist der Teil einer Landesstraße oder einer Kreisstraße, der zur Beseitigung oder Verbesserung einer Ortsdurchfahrt so angelegt ist, daß er im wesentlichen frei von Einmündungen, höhengleichen Kreuzungen und Zufahrten ist. Dies gilt auch für Strecken innerhalb der geschlossenen Ortslage, wenn die Straße mindestens an einem Ende unmittelbar an die freie Strecke einer Bundesstraße, einer Landesstraße oder einer Kreisstraße anschließt.

§ 10

Straßenbaulast

(1) Die Straßenbaulast umfaßt alle mit dem Bau und der Unterhaltung der Straßen zusammenhängenden Aufgaben. Die Träger der Straßenbaulast haben nach ihrer Leistungsfähigkeit die Straßen in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden und den allgemein anerkannten Regeln des Straßenbaues entsprechenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern. Soweit sie hierzu unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit außerstande sind, haben sie auf einen nicht verkehrssicheren Zustand vorbehaltlich anderweitiger Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörden durch Warnzeichen hinzu-

weisen; dies gilt nicht für beschränkt öffentliche Wege, soweit der nicht verkehrssichere Zustand des Weges oder die mit der Benützung des Weges verbundenen besonderen Gefahren für die Benutzer bei Anwendung der verkehrsüblichen Sorgfalt erkennbar sind.

(2) Die Träger der Straßenbaulast sollen über die ihnen nach Absatz 1 obliegenden Aufgaben hinaus in dem für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Straßenverkehrs erforderlichen Umfang nach besten Kräften die Straßen bei Schneeanhäufungen räumen und sie bei Schnee- oder Eisglätte bestreuen; ein Rechtsanspruch hierauf besteht nicht. § 43 bleibt unberührt. Soweit der Träger der Straßenbaulast auf Grund von Satz 1 die Fahrbahn einer Ortsdurchfahrt räumt oder streut, sind Kosten von der Gemeinde nicht zu erheben; das gleiche gilt, soweit die Straßenbauämter nach § 3 Abs. 3 Satz 1 des Bundesfernstraßengesetzes die Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen räumen oder streuen.

(3) Bei einem Wechsel der Straßenbaulast ist der neue Träger der Straßenbaulast verpflichtet, die von dem bisherigen Träger der Straßenbaulast oder mit dessen Zustimmung von einem Dritten im öffentlichen Interesse in der Straße gehaltenen Anlagen, insbesondere für Zwecke der öffentlichen Versorgung oder der Abwasserbeseitigung, im bisherigen Umfang zu dulden. Machen nach einem Wechsel der Straßenbaulast bauliche Maßnahmen an der Straße die Änderung einer Anlage im Sinne des Satzes 1 erforderlich, so haben der Träger der Straßenbaulast und der Inhaber der Anlage die Änderung auf ihre zu gleichen Teilen zu tragenden Kosten gemeinsam vorzunehmen, wenn vor oder nach dem Wechsel der Straßenbaulast nichts anderes vereinbart worden ist. Der neue Träger der Straßenbaulast muß jedoch eine Vereinbarung, die innerhalb der letzten zwei Jahre vor dem Wechsel der Straßenbaulast abgeschlossen worden ist, nicht gegen sich gelten lassen. Im übrigen gelten die §§ 18 Abs. 4 Satz 1, 21 Abs. 5 und 22 entsprechend.

2. Abschnitt

Eigentum an öffentlichen Straßen

§ 11

Gesetzlicher Eigentumsübergang und Rückübertragung des Eigentums

(1) Wechselt die Straßenbaulast zwischen dem Land, dem Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande, einem Landkreis oder einer Gemeinde, so geht

das Eigentum an der Straße ohne Entschädigung auf den neuen Träger der Straßenbaulast über, wenn es bisher einer dieser Körperschaften zustand; dies gilt nicht für Nebenanlagen. Bestehen zwischen den beteiligten Trägern der Straßenbaulast oder zwischen einem Träger der Straßenbaulast und dem bisherigen Eigentümer Meinungsverschiedenheiten über den Eigentumsübergang oder dessen Umfang, so entscheidet auf Antrag eines Beteiligten die für den neuen Träger der Straßenbaulast zuständige Straßenaufsichtsbehörde, wenn der neue Träger der Straßenbaulast das Land ist, das Regierungspräsidium.

(2) Ist das Eigentum an einer Straße nach Absatz 1 übergegangen, so kann im Falle der Einziehung der Straße der frühere Eigentümer innerhalb eines Jahres nach Eintritt der Unanfechtbarkeit der Einziehung verlangen, daß ihm das Eigentum ohne Entschädigung zurückübertragen wird; er hat jedoch Anlagen im Sinne des § 10 Abs. 3 Satz 1, die der bisherige Eigentümer rechtmäßig in der Straße gehalten hat, im bisherigen Umfang zu dulden.

§ 12

Berichtigung der öffentlichen Bücher und Gebührenbetreuung

(1) Beim Übergang des Eigentums an einer Straße nach § 11 Abs. 1 ist der Antrag auf Berichtigung des Grundbuchs von dem neuen Eigentümer zu stellen. Sein Eigentum wird gegenüber dem Grundbuchamt durch eine mit dem Dienstsiegel versehene Bestätigung der für den neuen Eigentümer zuständigen Straßenaufsichtsbehörde nachgewiesen; ist neuer Eigentümer das Land, so erteilt das Regierungspräsidium die Bestätigung. Der neue Eigentümer hat den Eigentumsübergang der zuständigen Vermessungsbehörde zum Zwecke der Berichtigung des Liegenschaftskatasters mitzuteilen.

(2) Für die durch den Eigentumsübergang nach § 11 Abs. 1 veranlaßten Vermessungen zur Fortführung des Liegenschaftskatasters sowie für die erstmalige Grenzabmarkung werden Gebühren nicht erhoben.

(3) Für die Eintragung des Eigentumsübergangs in das Grundbuch nach § 11 Abs. 1 oder auf Grund von § 11 Abs. 2 werden Gebühren und Auslagen nach dem Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Kostenordnung) in der Fassung vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 960) nicht erhoben.

§ 13

Übertragung der Straßenbaulast und Zuteilung des Eigentums im Flurbereinigungsverfahren

Die in einem Flurbereinigungsverfahren auszuweisenden öffentlichen Feld- und Waldwege sind im Flurbereinigungsplan für die Zeit nach ihrer Herstellung in die Straßenbaulast der Gemeinde zu übertragen und dieser zu Eigentum zuzuteilen.

§ 14

Ausübung des Eigentums am Straßengrund und Erwerbspflicht

(1) Ist der Träger der Straßenbaulast nicht Eigentümer der der Straße dienenden Grundstücke, so steht ihm die Ausübung der Rechte und Pflichten des Eigentümers in dem Umfang zu, in dem dies die Aufrechterhaltung des Gemeingebrauchs erfordert.

(2) Der Träger der Straßenbaulast hat das Eigentum an den der Straße dienenden Grundstücken auf Antrag des Eigentümers binnen einer Frist von fünf Jahren nach Antragstellung zu erwerben; dies gilt entsprechend beim Antrag eines sonst zur Nutzung dinglich Berechtigten für den Erwerb seines Rechts. Der Lauf der Frist ist gehemmt, solange der Erwerb durch Umstände verzögert wird, die der Träger der Straßenbaulast nicht zu vertreten hat. Waren bei Inkrafttreten dieses Gesetzes Grundstücke für eine Straße bereits in Anspruch genommen, so beginnt die Frist mit Inkrafttreten dieses Gesetzes.

(3) Kommt innerhalb der Frist nach Absatz 2 Satz 1 eine Einigung nicht zustande oder kann ein dingliches Recht an dem Grundstück durch Rechtsgeschäft nicht übertragen werden, so kann jeder Beteiligte die Entziehung des Rechts im Wege der Enteignung verlangen. Die Entschädigung ist nach den Verhältnissen im Zeitpunkt der Inanspruchnahme des Grundstücks zu bemessen. War das Grundstück schon vor dem 24. Mai 1949 für die Straße in Anspruch genommen, so ist die Entschädigung vom 24. Mai 1949 an zu verzinsen. Im übrigen gilt § 42 Abs. 2, 5 und 6 entsprechend.

(4) Soweit ein dinglich Berechtigter bei der Widmung nicht zu beteiligen ist, hat der Träger der Straßenbaulast das dingliche Recht auf Antrag des Berechtigten binnen einer Frist von fünf Jahren nach Antragstellung abzulösen, sobald und soweit der Berechtigte die Befriedigung aus dem Grundstück verlangen kann.

(5) Eine Erwerbspflicht nach den Absätzen 2 und 3 besteht nicht, wenn und solange dem Träger der Straßenbaulast durch ein dingliches Recht die Verfügungsbefugnis an den der Straße dienenden Grundstücken eingeräumt ist, ferner bei beschränkt öffentlichen Wegen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes länger als 30 Jahre bestehen. Die Absätze 2 und 3 gelten ferner nicht für Böschungen und Stützmauern, die zugleich für die ordnungsmäßige Nutzung eines angrenzenden Grundstückes notwendig sind.

3. Abschnitt

Benutzung der öffentlichen Straßen

§ 15

Gemeingebrauch

(1) Der Gebrauch der öffentlichen Straßen ist jedermann im Rahmen der Widmung und der Straßenverkehrsvorschriften innerhalb der verkehrüblichen Grenzen gestattet (Gemeingebrauch). Kein Gemeingebrauch liegt vor, wenn durch die Benutzung einer öffentlichen Straße der Gemeingebrauch anderer unzumutbar beeinträchtigt wird.

(2) Auf die Aufrechterhaltung des Gemeingebrauchs besteht kein Rechtsanspruch.

§ 16

Beschränkung des Gemeingebrauchs; Ersatzweg

(1) Der Gemeingebrauch kann von der Straßenbaubehörde vorbehaltlich anderer Anordnungen der Straßenverkehrsbehörde beschränkt werden, wenn dies zur Durchführung von Straßenbauarbeiten oder wegen des baulichen Zustands zur Vermeidung außerordentlicher Schäden an der Straße notwendig ist.

(2) Die Straßenverkehrsbehörde ist vor der Beschränkung zu hören, es sei denn, daß die Beschränkung unerheblich ist; in dringenden Fällen, in denen eine vorherige Anhörung nicht tunlich ist, ist die Straßenverkehrsbehörde unverzüglich zu benachrichtigen. Die Beschränkung ist durch amtliche Verkehrszeichen kenntlich zu machen.

(3) Macht die dauernde Beschränkung des Gemeingebrauchs an einer Landesstraße oder einer Kreisstraße die Herstellung oder die Verbesserung eines Ersatzweges notwendig, so hat der für den Ersatzweg zuständige Träger der Straßenbaulast gegen den Träger der Straßenbaulast für die Straße, deren Gemein-

gebrauch beschränkt wurde, einen Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Herstellung oder Verbesserung. Er kann statt dessen verlangen, daß der Träger der Straßenbaulast für die Straße, deren Gemeingebrauch beschränkt wurde, die erforderlichen Maßnahmen für ihn durchführt.

§ 17

Rechtsstellung der Straßenanlieger bei Änderung oder Einziehung der Straße

(1) Eigentümern und Besitzern von Grundstücken, die an einer Straße liegen oder von ihr einen Zugang haben (Straßenanlieger), steht kein Anspruch darauf zu, daß die Straße nicht geändert oder nicht eingezogen wird.

(2) Wird einem Straßenanlieger durch die Änderung oder Einziehung einer Straße der rechtmäßige und für die ordnungsmäßige Bewirtschaftung notwendige Zugang zu seinem Grundstück entzogen oder wesentlich erschwert, so kann er vom Träger der Straßenbaulast für die entstehenden Vermögensnachteile eine angemessene Entschädigung in Geld verlangen, wenn dieser nicht einen angemessenen Ersatz schafft. Dies gilt nicht im Falle der Unterbrechung einer nur widerruflich erlaubten Zufahrt.

(3) Wird einem Straßenanlieger durch die Änderung einer Straße der Zutritt von Licht oder Luft zu seinem Grundstück dauernd wesentlich beschränkt, so gilt Absatz 2 Satz 1 entsprechend.

§ 18

Sondernutzung

(1) Die Benutzung der Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf der Erlaubnis. Dies gilt nicht, wenn eine solche Benutzung einer Ausnahmegenehmigung oder einer Erlaubnis nach den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung bedarf oder wenn diese sie besonders zuläßt, ferner wenn die Benutzung einer Anlage dient, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist.

(2) Für die Erteilung der Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 1 ist die Straßenbaubehörde zuständig. Ist Träger der Straßenbaulast eine Person des bürgerlichen Rechts, so ist die Erlaubnis von der Straßenaufsichtsbehörde zu erteilen; diese hat den Träger der Straßenbaulast zu hören.

(3) Die Erlaubnis darf nur auf Zeit oder auf Widerruf erteilt werden. Für die Erlaubnis können, soweit

erforderlich auch nachträglich, Bedingungen und Auflagen festgesetzt werden. Eine auf Zeit erteilte Erlaubnis kann vor Ablauf der Zeit aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit widerrufen werden.

(4) Der Inhaber der Erlaubnis ist verpflichtet, Anlagen, die mit einer Sondernutzung zusammenhängen, nach den anerkannten Regeln der Technik zu errichten und zu unterhalten. Erlischt die Erlaubnis oder wird sie widerrufen, so kann die Straßenbaubehörde verlangen, daß der Inhaber der Erlaubnis auf seine Kosten innerhalb angemessener Frist die Anlagen entfernt und den ordnungsmäßigen Zustand der Straße wiederherstellt.

(5) Der Wechsel der Straßenbaulast läßt die Erlaubnis unberührt.

(6) Der Inhaber der Erlaubnis hat bei Widerruf der Erlaubnis oder bei Sperrung, Änderung oder Einziehung der Straße keinen Anspruch auf Entschädigung gegen den Träger der Straßenbaulast. Im Falle des Absatzes 3 Satz 3 kann der Betroffene für die entstehenden Vermögensnachteile vom Träger der Straßenbaulast eine angemessene Entschädigung in Geld verlangen.

(7) Die Verpflichtungen aus Absatz 4 und aus § 21 Abs. 5 Satz 1 und 2 treffen den zur Sondernutzung Berechtigten auch dann, wenn die Sondernutzung keiner Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 1 bedarf.

(8) Die Gemeinden können durch Satzung vorschreiben, daß bestimmte Sondernutzungen an Gemeindestraßen keiner Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 1 bedürfen. Sie können die Sondernutzung an Gemeindestraßen durch Satzung auch abweichend von Absatz 3, 4 und 6 Satz 1 regeln.

§ 19

Sondernutzung an Ortsdurchfahrten

In Ortsdurchfahrten entscheidet über Sondernutzungen die Gemeinde. Sie hat die Zustimmung der für die freie Strecke zuständigen Straßenbaubehörde einzuholen, wenn die Sondernutzung sich auf die Fahrbahn erstreckt und geeignet ist, die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs zu beeinträchtigen. Bei Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Zustimmung nach Satz 2 erforderlich ist, entscheidet die für die Fahrbahn zuständige Straßenbaubehörde. Ergeht eine solche Entscheidung nachträglich oder ergibt sich nachträglich, daß die Sondernutzung die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs auf der Fahrbahn beeinträchtigt, so hat

die Gemeinde die Erlaubnis auf Verlangen der für die Fahrbahn zuständigen Straßenbaubehörde zu widerrufen. Will eine Gemeinde eine Sondernutzung für sich selbst in Anspruch nehmen, so bedarf sie ebenfalls der Zustimmung.

§ 20

Zufahrt

(1) Als Sondernutzung gilt auch die Anlage oder die wesentliche Änderung einer Zufahrt zu einer Landesstraße oder Kreisstraße außerhalb der geschlossenen Ortslage und außerhalb eines in einem Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets. Eine Änderung im Sinne des Satzes 1 liegt auch vor, wenn eine Zufahrt gegenüber bisher einem erheblich größeren oder andersartigen Verkehr dienen soll.

(2) Für die Zufahrt zu einer Ortsumgehung darf eine Erlaubnis nach § 18 Abs. 1 Satz 1 nur erteilt werden, wenn die Versagung im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und die Erteilung der Erlaubnis mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Erteilung der Erlaubnis erfordern.

(3) Einer Erlaubnis nach § 18 Abs. 1 Satz 1 bedarf es nicht,

1. wenn eine Zufahrt zu baulichen Anlagen geschaffen oder geändert wird, die dem Verfahren nach § 24 unterliegen;
2. wenn der Bau oder die Änderung einer Zufahrt in einem Flurbereinigungsverfahren durchgeführt wird oder in einem anderen förmlichen Verfahren unanfechtbar angeordnet ist.

§ 21

Sondernutzungsgebühren und Kostenersatz

(1) Für Sondernutzungen können nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4 Gebühren erhoben werden. Sie sind dem Träger der Straßenbaulast zu überlassen; sind mehrere Baulastträger beteiligt, sind die Gebühren diesen zu gleichen Teilen zu überlassen.

(2) Soweit Gemeinden, Landkreise und der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande Träger der Straßenbaulast sind, regeln sie die Erhebung von Sondernutzungsgebühren durch Satzung. Das Innenministerium wird ermächtigt, für Sondernutzungen an den übrigen Straßen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium durch Rechtsverordnung eine Gebührenordnung zu erlassen. Die Gebührensätze sind

nach Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und nach dem wirtschaftlichen Interesse der Gebührenschuldner zu bemessen.

(3) Die Höhe der Gebühr, die innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben ist, bemißt sich nach den in Absatz 2 Satz 3 genannten Bemessungsgrundsätzen und nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Gebührenschuldners.

(4) Für Sondernutzungen an nicht in der Baulast einer Gemeinde, eines Landkreises oder des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande stehenden Straßen gelten im übrigen die Vorschriften des Landesgebührengesetzes über die Benutzungsgebühren entsprechend.

(5) Der Inhaber der Erlaubnis hat dem Träger der Straßenbaulast alle Kosten zu ersetzen, die diesem durch die Sondernutzung zusätzlich entstehen. Hierfür können angemessene Vorschüsse und Sicherheiten verlangt werden. Über die Leistungen nach Satz 1 und 2 entscheidet die nach § 18 Abs. 2 für die Erteilung der Erlaubnis zuständige Behörde.

§ 22

Kostentragung in besonderen Fällen

(1) Wenn eine Straße wegen der Art des Gebrauchs durch einen anderen aufwendiger gebaut oder ausgebaut wird, als dies sonst notwendig wäre, so hat der andere dem Träger der Straßenbaulast die Mehrkosten für den Bau und die Unterhaltung zu erstatten. Hierfür können angemessene Vorschüsse und Sicherheiten verlangt werden. Der andere ist vor der Durchführung der Maßnahmen zu hören. § 21 Abs. 5 Satz 3 gilt entsprechend.

(2) Absatz 1 findet auf Haltestellenbuchten und Wendepunkte für Kraftfahrzeuge, die der Personenbeförderung im Linienverkehr dienen, keine Anwendung.

(3) Die Kosten der Absperrung und Kennzeichnung von Arbeitsstellen sowie anderer durch Arbeitsstellen auf oder neben der Straße veranlaßter Maßnahmen zur Sicherung des Straßenverkehrs trägt der Unternehmer oder der für die Arbeit Verantwortliche. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Über die Leistungen nach Satz 1 entscheidet die Straßenbaubehörde.

§ 23

Sonstige Benutzung

(1) Die Einräumung von Rechten zu einer Benutzung

von Straßen, die nicht Gemeingebrauch ist, richtet sich nach bürgerlichem Recht, wenn die Benutzung den Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt oder der öffentlichen Versorgung oder der Abwasserbeseitigung dient; § 10 Abs. 3 bleibt unberührt.

(2) Soweit Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen innerhalb der geschlossenen Ortslage (§ 9 Satz 2) nicht in der Straßenbaulast der Gemeinde stehen, hat der Träger der Straßenbaulast die Verlegung von Leitungen, die der öffentlichen Versorgung oder der Abwasserbeseitigung der Gemeinde dienen, auf Antrag der Gemeinde unentgeltlich zu gestatten, wenn die Verlegung in die in seiner Baulast stehenden Straßenteile erforderlich ist.

(3) § 22 bleibt unberührt.

4. Abschnitt

Anbau an öffentlichen Straßen und Veränderungssperre

§ 24

Anbaubeschränkungen

(1) Außerhalb der geschlossenen Ortslage und außerhalb eines in einem Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets dürfen Hochbauten jeder Art längs der Landesstraßen und der Kreisstraßen in einer Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten, für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden. Die höhere Straßenbaubehörde kann Befreiung von dem Anbauverbot erteilen, wenn das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und die Befreiung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.

(2) Im übrigen dürfen Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen für die Errichtung oder wesentliche Änderung von baulichen Anlagen jeder Art außerhalb der geschlossenen Ortslage und außerhalb eines in einem Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets längs der Landesstraßen und der Kreisstraßen in einer Entfernung bis zu 40 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten, für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, von den zuständigen Behörden nur mit Zustimmung der höheren Straßenbaubehörde erteilt werden.

(3) Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen für bauliche Anlagen

jeder Art innerhalb der geschlossenen Ortslage oder innerhalb eines in einem Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets längs der Landesstraßen und der Kreisstraßen in einer Entfernung bis zu 10 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten, für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, dürfen von den zuständigen Behörden nur mit Zustimmung der höheren Straßenbaubehörde erteilt werden. Dies gilt nicht, soweit das Bauvorhaben den Festsetzungen eines Bebauungsplans entspricht, der mindestens die Begrenzung der Verkehrsflächen enthält und unter Mitwirkung des Trägers der Straßenbaulast zustande gekommen ist oder dem der Träger der Straßenbaulast nachträglich zugestimmt hat.

(4) Wenn wegen der Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen ein Grundstück eine unmittelbare oder über einen öffentlichen oder privaten Feldweg oder eine andere Zufahrt führende mittelbare Zufahrt zu einer Landesstraße oder einer Kreisstraße erhalten soll oder die Änderung einer bestehenden Zufahrt zu einer solchen Straße erforderlich würde, dürfen Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen nur mit Zustimmung der höheren Straßenbaubehörde erteilt werden; Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. Mündet eine solche Zufahrt in eine Ortsumgehung ein, so darf die Zustimmung nur erteilt werden, wenn die Versagung im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und die Zustimmung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Zustimmung erfordern.

(5) Die Zustimmung nach den Absätzen 2, 3 und 4 Satz 1 darf nur versagt oder mit Auflagen erteilt werden, soweit dies für die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, wegen Ausbauabsichten oder aus Gründen der Straßenbaugestaltung erforderlich ist.

(6) Bedürfen bauliche Anlagen im Sinne der Absätze 2 bis 4 keiner Baugenehmigung oder keiner Genehmigung nach anderen Vorschriften, so tritt an die Stelle der Zustimmung die Genehmigung durch die höhere Straßenbaubehörde.

(7) Die Gemeinden können durch Satzung vorschreiben, daß die Absätze 1, 2, 4 Satz 1, 5 und 6 sowie § 28 für bestimmte Gemeindeverbindungsstraßen entsprechend anzuwenden sind und daß Zufahrten zu solchen Straßen nur mit Zustimmung der Straßenbaubehörde angelegt werden dürfen; für die Zustimmung zur An-

legung einer Zufahrt gilt § 20 Abs. 3 Nr. 2 entsprechend. Die Satzung kann auch geringere Abstände festsetzen. An die Stelle der Zustimmung oder der Genehmigung der höheren Straßenbaubehörde tritt die Zustimmung oder Genehmigung der Straßenbaubehörde.

(8) Die Absätze 2, 3 und 5 bis 7 gelten entsprechend für Aufschüttungen und Abgrabungen mit mehr als einem Meter Höhenunterschied gegenüber dem Gelände.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten nicht für Anlagen der öffentlichen Versorgung und der Abwasserbeseitigung, welche die Sicht nicht behindern.

§ 25

Anbaubeschränkungen bei geplanten Straßen

Bei geplanten Straßen gelten die Beschränkungen des § 24 von der Auslegung der Pläne nach § 41 Abs. 2 Satz 1 an.

§ 26

Entschädigung bei Anbaubeschränkungen

(1) Wird infolge der Anwendung der Bestimmungen der §§ 24 und 25 die bauliche Nutzung eines Grundstücks, auf deren Zulassung bisher ein Rechtsanspruch bestand, ganz oder teilweise aufgehoben, so kann der Eigentümer vom Träger der Straßenbaulast insoweit eine angemessene Entschädigung in Geld verlangen, als seine Vorbereitungen zur baulichen Nutzung des Grundstücks in dem bisher zulässigen Umfang für ihn an Wert verlieren oder eine wesentliche Wertminderung des Grundstücks eintritt.

(2) Im Falle des § 25 entsteht der Anspruch nach Absatz 1 erst, wenn der Plan rechtskräftig festgestellt oder mit der Ausführung begonnen worden ist, spätestens jedoch nach Ablauf von vier Jahren.

§ 27

Freihaltung der Sicht bei Kreuzungen und Einmündungen

(1) Bauliche Anlagen jeder Art dürfen außerhalb der geschlossenen Ortslage und außerhalb eines in einem Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets nicht errichtet oder geändert werden, wenn dadurch

1. bei höhengleichen Kreuzungen von Straßen oder bei Straßeneinmündungen,
2. bei höhengleichen Kreuzungen von Straßen mit dem öffentlichen Verkehr dienenden Schienenbahnen

die Sicht behindert und die Verkehrssicherheit beeinträchtigt wird.

(2) Absatz 1 gilt nicht bei Kreuzungen von beschränkt öffentlichen Wegen untereinander.

(3) § 26 gilt entsprechend mit der Maßgabe, daß bei Kreuzungen und Einmündungen von Straßen verschiedener Straßengruppen die Entschädigung vom Träger der Straßenbaulast für die höher eingruppierte Straße zu leisten ist.

§ 28

Anlagen der Außenwerbung

Die §§ 24 bis 27 sind auf Anlagen der Außenwerbung, die keine Hochbauten oder sonstigen baulichen Anlagen sind, außerhalb der geschlossenen Ortslage und außerhalb eines in einem Bebauungsplan festgesetzten Baugebiets entsprechend anzuwenden. § 7 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 8. Juni 1959 (GesBl. S. 53) bleibt unberührt.

§ 29

Veränderungssperre

(1) Vom Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren an dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Übernahme durch den Träger der Straßenbaulast wesentlich wertsteigernde oder den geplanten Straßenbau erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden (Veränderungssperre). Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden hiervon nicht berührt.

(2) Dauert die Veränderungssperre länger als vier Jahre, so können die Eigentümer für die dadurch entstehenden Vermögensnachteile vom Träger der Straßenbaulast eine angemessene Entschädigung in Geld verlangen.

(3) Zur Sicherung der Planung neuer Landesstraßen und Kreisstraßen kann das Regierungspräsidium Planungsgebiete festlegen; soll sich die Planung auf mehrere Regierungsbezirke erstrecken, so ist das zuständige Regierungspräsidium vom Innenministerium zu bestimmen. Für Planungsgebiete gilt Absatz 1 entsprechend. Die Festlegung ist auf höchstens zwei Jahre zu befristen. Sie tritt mit Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren außer Kraft. Ihre Dauer ist auf die Vierjahres-Frist nach Absatz 2 anzurechnen.

(4) Die Festlegung eines Planungsgebiets ist in den Gemeinden, deren Gebiet betroffen wird, auf Kosten des Trägers der Straßenbaulast öffentlich bekanntzumachen. Planungsgebiete sind außerdem in Karten kenntlich zu machen, die in den Gemeinden während der Geltungsdauer der Festlegung zur Einsicht auszuliegen sind.

(5) Die höhere Straßenbaubehörde kann in den Fällen der Absätze 1 und 3 Ausnahmen von der Veränderungssperre zulassen, wenn überwiegende Belange des Straßenbaues nicht entgegenstehen.

5. Abschnitt

Schutz der öffentlichen Straßen

§ 30

Schutzwaldungen

(1) Waldungen und Gehölze längs der Straße können von der Straßenbaubehörde im Einvernehmen mit dem zuständigen Forstamt insoweit zu Schutzwaldungen erklärt werden, als dies zum Schutz der Straße vor nachteiligen Einwirkungen der Natur, wie Schneeverwehungen, Steinschlag, Vermurungen, notwendig ist.

(2) Die Schutzwaldungen sind vom Nutzungsberechtigten zu erhalten und den Schutzzwecken entsprechend zu bewirtschaften. Die Überwachung obliegt den Forstämtern im Benehmen mit der Straßenbaubehörde.

(3) Der Nutzungsberechtigte kann vom Träger der Straßenbaulast insoweit eine angemessene Entschädigung in Geld verlangen, als ihm durch die Verpflichtung nach Absatz 2 Satz 1 Vermögensnachteile entstehen; § 40 bleibt unberührt.

§ 31

Schutzmaßnahmen

(1) Die Eigentümer und Besitzer der der Straße benachbarten Grundstücke haben die zum Schutz der Straße vor nachteiligen Einwirkungen der Natur, wie Schneeverwehungen, Steinschlag, Vermurungen, Überschwemmungen, notwendigen Vorkehrungen zu dulden. Die Straßenbaubehörde hat dem Betroffenen die Durchführung der Maßnahmen mindestens zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen, es sei denn, daß Gefahr im Verzuge ist. Der Betroffene ist berechtigt, die Maßnahmen im Einvernehmen mit der Straßenbaubehörde selbst durchzuführen.

(2) Anpflanzungen und Zäune sowie Stapel, Haufen oder andere mit dem Grundstück nicht fest verbundene Einrichtungen dürfen nicht angelegt oder unterhalten werden, wenn sie die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen. Werden sie entgegen Satz 1 angelegt oder unterhalten, so sind sie auf schriftliches Verlangen der Straßenbaubehörde von dem nach Absatz 1 Verpflichteten binnen angemessener Frist zu beseitigen. Nach Ablauf der Frist kann die Straßenbaubehörde die Anpflanzung oder Einrichtung auf Kosten des Betroffenen beseitigen oder beseitigen lassen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Dient ein der Straße benachbartes Grundstück anderen öffentlichen Zwecken, so ist in den Fällen der Absätze 1 und 2 auf seine Zweckbestimmung Rücksicht zu nehmen. Die Straßenbaubehörde hat über etwa erforderliche Schutzmaßnahmen im Einvernehmen mit der für die Erhaltung der öffentlichen Zweckbestimmung des benachbarten Grundstücks zuständigen Behörde zu entscheiden; kommt das Einvernehmen nicht zustande, so entscheidet das Regierungspräsidium.

(4) Der Betroffene kann in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 und 3 für die entstehenden Vermögensnachteile vom Träger der Straßenbaulast eine angemessene Entschädigung in Geld verlangen. Das gleiche gilt, soweit Anpflanzungen entgegen den Erfordernissen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung auf Grund von Absatz 2 Satz 1 nicht angelegt oder unterhalten werden dürfen und dem Betroffenen dadurch ein erheblicher Nachteil entsteht. Bei Beseitigung von Einrichtungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 gilt Satz 1 insoweit, als die Einrichtung beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits vorhanden war oder die Voraussetzungen für ihre Beseitigung erst später infolge des Neubaues oder Umbaues einer Straße eingetreten sind. § 40 bleibt unberührt.

§ 32

Schutzvorschriften

Die oberste Straßenbaubehörde kann durch Polizeiverordnung Vorschriften über den Schutz des Straßenkörpers erlassen; dies gilt auch für Bundesfernstraßen. Sie kann diese Befugnis für Kreisstraßen auf die Kreispolizeibehörden, für Gemeindestraßen auf die Ortspolizeibehörden durch Rechtsverordnung übertragen.

6. Abschnitt

Kreuzungen und Umleitungen

§ 33

Kreuzungen

(1) Kreuzungen im Sinne dieses Abschnitts sind Überschneidungen öffentlicher Straßen in gleicher Höhe sowie Überführungen und Unterführungen. Einmündungen öffentlicher Straßen stehen den Kreuzungen gleich.

(2) Über den Bau sowie über Änderungen von Kreuzungen wird durch die Planfeststellung entschieden, wenn eine solche nach Maßgabe des § 38 durchgeführt wird. Der Planfeststellungsbeschluß soll zugleich regeln, wer die Kosten für den Bau oder die Änderung der Kreuzung zu tragen und wer die Kreuzung zu unterhalten hat. Satz 1 und 2 gilt nicht, soweit eine Einigung unter den beteiligten Trägern der Straßenbaulast zustande gekommen ist.

(3) Ergänzungen an Kreuzungen sind wie Änderungen zu behandeln.

(4) Das Innenministerium wird ermächtigt, zum Zwecke der Abgrenzung der Rechte und Pflichten der beteiligten Träger der Straßenbaulast durch Rechtsverordnung zu bestimmen, welche Straßenanlagen zur Kreuzung und welche Teile der Kreuzung zu der einen oder der anderen Straße gehören.

§ 34

Bau und Änderung von Kreuzungen

(1) Beim Bau einer neuen Kreuzung hat der Träger der Straßenbaulast für die neu hinzugekommene Straße die Kosten der Kreuzung zu tragen. Zu ihnen gehören auch die Kosten der durch die neue Kreuzung notwendigen Änderungen der anderen Straßen. Die Änderung einer bestehenden Kreuzung ist als neue Kreuzung zu behandeln, wenn ein öffentlicher Weg, der nach der Beschaffenheit seiner Fahrbahn nicht geeignet und nicht dazu bestimmt war, einen allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr aufzunehmen, zu einer diesem Verkehr dienenden Straße ausgebaut wird.

(2) Werden mehrere Straßen gleichzeitig neu angelegt oder an bestehenden Über- oder Unterführungen Anschlußstellen neu geschaffen, so haben die Träger der Straßenbaulast die Kosten der Kreuzung im Verhältnis der Fahrbahnbreiten zu tragen. Bei der Bemessung

der Fahrbahnbreiten sind die Trennstreifen und befestigten Seitenstreifen sowie Rad- und Gehwege einzubeziehen.

(3) Muß eine Kreuzung wegen des Ausbaues nur einer Straße geändert werden, so hat der Träger der Straßenbaulast der auszubauenden Straße die Kosten der Änderung zu tragen. Wird die Änderung wegen des Ausbaues mehrerer Straßen erforderlich, so sind die Kosten der dadurch bedingten Änderung der Kreuzung nach Absatz 2 zu verteilen.

(4) Muß eine Kreuzung unabhängig von dem Ausbau einer Straße wegen der Entwicklung des Verkehrs geändert werden, so sind die Kosten nach Absatz 2 zu verteilen. Beträgt jedoch der durchschnittliche tägliche Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf einer der Straßen nicht mehr als 20 vom Hundert des Verkehrs auf der anderen Straße, so hat der Träger der Straßenbaulast dieser anderen Straße die Änderungskosten allein zu tragen.

(5) Abweichende Vereinbarungen sind zulässig.

§ 35

Unterhaltung von Kreuzungen

(1) Bei höhengleichen Kreuzungen hat der Träger der Straßenbaulast für die Straße höherer Verkehrsbedeutung (§ 3 Abs. 1) die Kreuzung zu unterhalten.

(2) Bei Über- oder Unterführungen hat der Träger der Straßenbaulast für die Straße höherer Verkehrsbedeutung das Kreuzungsbauwerk zu unterhalten; die übrigen Teile der Kreuzung hat der Träger der Straßenbaulast für die Straße, zu der sie gehören, zu unterhalten.

(3) Bei Kreuzungen von Straßen der gleichen Straßengruppe, die in der Baulast verschiedener Träger stehen, hat jeder Träger der Straßenbaulast diejenigen Teile der Kreuzung zu unterhalten, die zu der in seiner Baulast stehenden Straße gehören.

(4) Die Unterhaltung umfaßt die Wiederherstellung und die Erneuerung einer Kreuzung.

(5) Im Falle der Änderung, der Wiederherstellung sowie der Erneuerung einer Kreuzung werden Ausgleichsansprüche über die Kosten der Unterhaltung zwischen den beteiligten Trägern der Straßenbaulast nicht begründet. Das gleiche gilt in den Fällen des § 34 Abs. 1.

(6) Abweichende Vereinbarungen sind zulässig.

§ 36

Umleitungen

(1) Bei vorübergehenden Verkehrsbeschränkungen auf einer Straße nach Maßgabe des § 16 Abs. 1 sind die Träger der Straßenbaulast anderer öffentlicher Straßen verpflichtet, die Umleitung des Verkehrs auf ihre Straßen zu dulden und die zur Aufnahme des zusätzlichen Verkehrs erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Träger der Straßenbaulast für die Umleitungsstrecke kann jedoch verlangen, daß der andere Träger der Straßenbaulast die erforderlichen Maßnahmen für ihn durchführt.

(2) Vor Anordnung der Verkehrsbeschränkung hat die Straßenbaubehörde die Straßenverkehrsbehörde und den Träger der Straßenbaulast für die Umleitungsstrecke zu hören. Dabei ist festzustellen, welche Maßnahmen notwendig sind, um die Umleitungsstrecke für die Aufnahme des zusätzlichen Verkehrs verkehrssicher zu machen. Die notwendigen Mehraufwendungen sind dem Träger der Straßenbaulast für die Umleitungsstrecke zu erstatten. Das gleiche gilt für Aufwendungen, die dieser zur Beseitigung wesentlicher durch die Umleitung verursachter Schäden an der Umleitungsstrecke machen muß.

(3) Muß der Verkehr ganz oder teilweise über private Wege umgeleitet werden, die dem öffentlichen Verkehr dienen, so ist der Eigentümer zur Duldung der Umleitung auf schriftliche Anforderung durch die Straßenbaubehörde verpflichtet. Absatz 2 gilt entsprechend mit der Maßgabe, daß der Träger der Straßenbaulast auf Antrag des Eigentümers an Stelle eines Ersatzes der in Satz 4 genannten Aufwendungen den früheren Zustand des Weges wiederherzustellen hat.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine neue Landesstraße oder Kreisstraße vorübergehend über andere dem öffentlichen Verkehr dienende Straßen oder Wege an das Straßennetz angeschlossen werden soll.

7. Abschnitt

Planung, Planfeststellung und Enteignung

§ 37

Planung

(1) Von örtlichen und überörtlichen Planungen, die den Bau oder die Änderung von Straßen zur Folge haben können, sind die Straßenbaubehörden von den Planungsträgern rechtzeitig zu unterrichten. Von Straßen-

planungen, die die Änderung von Bauleitplänen zur Folge haben können, sind die für die Bauleitplanung zuständigen Planungsträger von den Straßenbaubehörden rechtzeitig zu unterrichten. Von allen die Raumordnung des Landes beeinflussenden Straßenplanungen ist die nachgeordnete Landesplanungsbehörde (§ 2 Abs. 2 des Landesplanungsgesetzes vom 19. Dezember 1962 — GesBl. 1963 S. 1 —) von den Straßenbaubehörden rechtzeitig zu unterrichten. Weitergehende Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

(2) Der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande ist beim Bau und bei der Unterhaltung von Landesstraßen an die Straßenplanung des Landes und die hiermit zusammenhängenden Weisungen der obersten Straßenbaubehörde gebunden.

§ 38

Voraussetzung der Planfeststellung

(1) Landesstraßen dürfen nur gebaut oder geändert werden, wenn der Plan vorher festgestellt worden ist. Beim Bau oder bei der Änderung von anderen Straßen und Wegen kann auf Antrag des Trägers der Straßenbaulast ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden; dies gilt nicht, soweit ein beschränkt öffentlicher Weg in ein Flurbereinigungsverfahren einbezogen ist. § 125 des Bundesbaugesetzes bleibt unberührt.

(2) In der Planfeststellung kann im Rahmen der Gesamtplanung zugleich auch über den Bau, die Änderung oder den Wegfall anderer öffentlicher Straßen entschieden werden.

(3) Von einer Planfeststellung kann abgesehen werden, wenn ein Bebauungsplan vorliegt, der mindestens die Begrenzung der Verkehrsflächen enthält und unter Mitwirkung des Trägers der Straßenbaulast zustande gekommen ist oder dem der Träger der Straßenbaulast nachträglich zugestimmt hat. Ist eine Ergänzung notwendig, so ist die Planfeststellung insoweit zusätzlich durchzuführen.

(4) Die Planfeststellung nach Absatz 1 Satz 1 entfällt

1. bei unwesentlichen Änderungen, es sei denn, daß zur Durchführung des Bauvorhabens eine Enteignung notwendig wird,
2. in den Fällen des § 42 Abs. 2 oder
3. wenn die Beteiligten die für die Durchführung des Bauvorhabens erforderlichen Vereinbarungen, insbesondere über den Grunderwerb, abgeschlossen haben.

Inhalt und Wirkung der Planfeststellung

(1) Durch die Planfeststellung werden die öffentlich-rechtlichen Beziehungen, insbesondere die Art und der Umfang der Inanspruchnahme von Rechten, zwischen dem Träger der Straßenbaulast und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt. Die Planfeststellung ersetzt, soweit Bundesrecht nicht entgegensteht, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlichen behördlichen Verfügungen.

(2) Im Planfeststellungsbeschluß sind dem Träger der Straßenbaulast die Errichtung und Unterhaltung der Anlagen sowie die Vorkehrungen aufzuerlegen, die für das Wohl der Allgemeinheit oder zur Sicherung der Benutzung der benachbarten Grundstücke gegen Gefahren oder Nachteile notwendig sind.

(3) Ist der Plan unanfechtbar geworden, so sind Unterlassungs-, Beseitigungs- und Änderungsansprüche hinsichtlich der Anlagen ausgeschlossen, auf die sich die Planfeststellung bezieht.

(4) Ist der Plan unanfechtbar geworden, so kann der Eigentümer eines von dem Plan betroffenen Grundstücks die Übernahme des Grundstücks verlangen, wenn und soweit es ihm mit Rücksicht auf die Planfeststellung oder die Durchführung des Planes wirtschaftlich nicht mehr zuzumuten ist, das Grundstück zu behalten oder es in der bisherigen oder einer anderen zulässigen Art zu nutzen. Kommt keine Einigung über die Übernahme zustande, so kann der Eigentümer die Entziehung des Eigentums verlangen.

§ 40

Planfeststellung für Schutzmaßnahmen

Werden wegen Veränderungen auf Grundstücken, die der Straße benachbart sind, Anlagen oder Vorkehrungen zur Sicherung des Verkehrs notwendig, so kann ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Der Träger der Straßenbaulast kann durch Beschluß der Planfeststellungsbehörde zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen verpflichtet werden. Die entstehenden Kosten sind im Planfeststellungsbeschluß den Eigentümern der benachbarten Grundstücke aufzuerlegen, es sei denn, daß die Änderungen durch natürliche Ereignisse oder höhere Gewalt verursacht worden sind. Die Eigentümer können die erforderlichen Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Träger der Straßenbaulast auch selbst durchführen.

Planfeststellungsverfahren

(1) Die für die Planfeststellung erforderlichen Unterlagen, wie Lagepläne, Höhenpläne, Querprofile, Bauwerksverzeichnisse, Grundstücksverzeichnisse, sind von der Straßenbaubehörde bei der Planfeststellungsbehörde einzureichen. Planfeststellungsbehörde ist das Regierungspräsidium; soll sich der Plan auf mehrere Regierungsbezirke erstrecken, so ist das zuständige Regierungspräsidium von der obersten Straßenbaubehörde zu bestimmen.

(2) Die Planfeststellungsbehörde führt die Stellungnahme aller beteiligten Behörden und sonstigen Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, herbei und veranlaßt, daß die Unterlagen in den Gemeinden, in denen das Bauvorhaben durchgeführt werden soll, einen Monat zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden. Zeit und Ort der Auslegung sind von den Gemeinden auf Kosten des Trägers der Straßenbaulast öffentlich bekanntzumachen. Einwendungen gegen den Entwurf des Planes sollen innerhalb von zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung bei der Gemeinde oder bei der Planfeststellungsbehörde schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden; darauf ist in der Bekanntmachung hinzuweisen.

(3) Nach Ablauf der in Absatz 2 Satz 3 genannten Frist sind die Einwendungen gegen den Entwurf des Planes von der Planfeststellungsbehörde oder von der von dieser beauftragten unteren Verwaltungsbehörde mit den Beteiligten zu erörtern.

(4) Die Planfeststellungsbehörde stellt den Plan fest. Im Planfeststellungsbeschluß ist auch über Einwendungen gegen den Entwurf des Planes zu entscheiden, soweit keine Einigung zustande gekommen ist.

(5) Der Planfeststellungsbeschluß ist zu begründen. Eine Ausfertigung des Beschlusses nebst Unterlagen ist in den Gemeinden, in denen das Bauvorhaben durchgeführt werden soll, einen Monat zu jedermanns Einsicht auszulegen.

(6) Die Feststellung des Planes ist mit Rechtsmittelbelehrung von den Gemeinden auf Kosten des Trägers der Straßenbaulast öffentlich bekanntzumachen; hierbei ist auf Zeit und Ort der Auslegung (Absatz 5 Satz 2) hinzuweisen. Der Planfeststellungsbeschluß ist den Beteiligten, über deren Einwendungen entschieden wird, mit Rechtsmittelbelehrung zuzustellen.

(7) Eines Vorverfahrens im Sinne des § 68 Abs. 1 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung bedarf es nicht.

§ 42

Enteignung

(1) Die Enteignung zugunsten des Trägers der Straßenbaulast ist zulässig, soweit sie zur Ausführung eines nach § 41 Abs. 4 festgestellten Bauvorhabens notwendig ist. Einer weiteren Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung bedarf es nicht. Der festgestellte Plan ist dem Enteignungsverfahren zugrunde zu legen und für die Enteignungsbehörde bindend.

(2) Erklärt sich der Betroffene gegenüber der Straßenbaubehörde oder der Enteignungsbehörde schriftlich zu der für die Ausführung des Bauvorhabens erforderlichen Übertragung oder Beschränkung des Grundeigentums oder eines sonstigen Rechts nach Art und Umfang bereit, so kann ohne weiteres das Verfahren zur Feststellung der Entschädigung durchgeführt werden. Das gleiche gilt, soweit der Betroffene oder sein Rechtsvorgänger die Inanspruchnahme seines Grundeigentums oder eines sonstigen Rechts für das nach Art und Umfang bestimmte Bauvorhaben gestattet hat.

(3) Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken sind verpflichtet, die für Straßenbaumaßnahmen notwendigen vorbereitenden Maßnahmen, wie Vermessungen, Vermarkungen, Bodenuntersuchungen, Bohrungen und die Anlegung von Schürfgruben auf den Grundstücken zu dulden. Die Maßnahmen sind vorher anzukündigen; hierbei genügt eine öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise, sofern nicht besondere Umstände eine Ankündigung unmittelbar gegenüber dem Betroffenen geboten erscheinen lassen. Ohne Zustimmung des Betroffenen dürfen Wohnungen nicht betreten und bauliche Anlagen nicht beschädigt werden. Für Vermögensnachteile, die auf Grund von Maßnahmen nach Satz 1 entstehen, kann der Betroffene vom Träger der Straßenbaulast eine angemessene Entschädigung in Geld verlangen. Weigert sich der Betroffene, die von der Straßenbaubehörde für erforderlich gehaltenen Maßnahmen zu dulden, so entscheidet auf Antrag der Straßenbaubehörde die Enteignungsbehörde über das Bestehen der Duldungspflicht. Sie stellt in diesem Falle Art und Umfang der zulässigen Vorarbeiten fest; sie kann zur Ermittlung des Schadens die Zuziehung von Sachverständigen anordnen.

(4) Ist der sofortige Beginn von Arbeiten für den Bau oder die Änderung einer Straße geboten und der Besitz von Grundstücken hierfür notwendig, so hat die Enteignungsbehörde, wenn der Planfeststellungsbeschluß vollziehbar ist, den Träger der Straßenbaulast auf seinen Antrag vorläufig in den Besitz der benötigten Grundstücke einzuweisen.

(5) Enteignungsbehörde ist das Regierungspräsidium. Erstreckt sich das Bauvorhaben auf mehrere Regierungsbezirke, so ist das zuständige Regierungspräsidium von der obersten Straßenbaubehörde zu bestimmen.

(6) Im übrigen sind die landesrechtlichen Enteignungsgesetze mit der Maßgabe anzuwenden, daß für die Entschädigung in Geld die §§ 93 und 95 bis 99 des Bundesbaugesetzes entsprechend gelten; an die Stelle des in § 99 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbaugesetzes genannten Zinssatzes tritt ein Zinssatz von vier vom Hundert.

(7) Die Absätze 2, 3, 5 und 6 gelten unbeschadet des § 19 des Bundesfernstraßengesetzes auch für Bundesfernstraßen.

8. Abschnitt

Beleuchtung und Reinhaltung der öffentlichen Straßen

§ 43

Beleuchtungs-, Reinigungs-, Räum- und Streupflicht

(1) Den Gemeinden obliegt es im Rahmen des Zumutbaren als öffentlich-rechtliche Pflicht, Straßen innerhalb der geschlossenen Ortslage einschließlich der Ortsdurchfahrten zu beleuchten, zu reinigen, bei Schneeanhäufungen zu räumen sowie bei Schnee- oder Eisglätte zu bestreuen, soweit dies aus polizeilichen Gründen geboten ist; dies gilt auch für Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen. Die Straßenbauämter und das Hohenzollerische Landesbauamt unterstützen die Gemeinden ohne Anspruch auf Kostenersatz bei der Erfüllung der sich aus Satz 1 ergebenden Verpflichtungen zur Schneeräumung und zum Bestreuen der nicht in der Straßenbaulast der Gemeinden stehenden Ortsdurchfahrten nach besten Kräften.

(2) Die Verpflichtungen nach Absatz 1, ausgenommen die Verpflichtung zur Beleuchtung, können für Gehwege oder, falls solche nicht vorhanden sind, für entsprechende Flächen am Rande der Fahrbahn durch Polizeiverordnung den Straßenanliegern ganz oder teil-

weise auferlegt werden. Satz 1 gilt nicht für die Eigentümer des Bettes öffentlicher Gewässer; für die Unternehmen von Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs und von Straßenbahnen gilt Satz 1 nur insoweit, als auf den ihren Zwecken dienenden Grundstücken Gebäude stehen, die einen unmittelbaren Zugang zu der Straße haben, oder es sich um Grundstücke handelt, die nicht unmittelbar dem öffentlichen Verkehr dienen.

(3) Wenn die Gemeinde die ihr nach Absatz 1 obliegenden Verpflichtungen, ausgenommen die Verpflichtung zur Beleuchtung, selbst erfüllt, kann sie von den Straßenanliegern insoweit Gebühren erheben, als sie nach Absatz 2 berechtigt ist, ihre Verpflichtungen den Straßenanliegern aufzuerlegen. Für diese Gebühren gelten die Vorschriften über die Benutzungsgebühren entsprechend.

(4) Als Straßenanlieger im Sinne der Absätze 1 bis 3 gelten auch die Eigentümer und Besitzer solcher Grundstücke, die von der Straße durch eine im Eigentum der

Gemeinde oder des Trägers der Straßenbaulast stehende nicht genutzte unbebaute Fläche getrennt sind, wenn der Abstand zwischen Grundstücksgrenze und Straße nicht mehr als 10 Meter, bei besonders breiten Straßen nicht mehr als die Hälfte der Straßenbreite beträgt.

§ 44

Beseitigung von Verunreinigungen und Gegenständen

Wer eine Straße über das übliche Maß hinaus verunreinigt, hat die Verunreinigung ohne Aufforderung unverzüglich zu beseitigen. Werden entgegen dieser Bestimmung oder entgegen den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung Gegenstände oder Verunreinigungen von dem hierfür Verantwortlichen nicht unverzüglich beseitigt oder ist dieser zu einer alsbaldigen Beseitigung nicht in der Lage, so kann neben der Polizei auch die Straßenbaubehörde die Gegenstände auf Kosten des Verantwortlichen beseitigen oder beseitigen lassen.

ZWEITER TEIL

Träger der Straßenbaulast

§ 45

Träger der Straßenbaulast für Landesstraßen und Kreisstraßen

(1) Träger der Straßenbaulast für die Landesstraßen ist das Land, in den Landkreisen Hechingen und Sigmaringen der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande.

(2) Träger der Straßenbaulast für die Kreisstraßen sind die Landkreise und die Stadtkreise.

(3) Träger der Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten in Gemeinden, die bei der Volkszählung vom 6. Juni 1961 mehr als 30 000 Einwohner hatten, sind die Gemeinden. In den Ortsdurchfahrten der übrigen Gemeinden sind die Gemeinden Träger der Straßenbaulast für Gehwege und Parkplätze.

(4) Das Innenministerium kann im Einvernehmen mit dem Finanzministerium durch Rechtsverordnung die Ergebnisse einer späteren Volkszählung als maßgebend erklären. Es hat dabei auch festzulegen, zu welchem Zeitpunkt der Wechsel der Straßenbaulast eintritt.

(5) Richtet eine Gemeinde eine Abwasseranlage ein, die auch das in einer Ortsdurchfahrt auf der Fahrbahn anfallende Oberflächenwasser aufnimmt, so hat sich der Träger der Straßenbaulast an den Kosten der Herstel-

lung und einer Erneuerung zu beteiligen; für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage sind Gebühren nicht zu erheben. Die Beteiligung bemißt sich nach den Kosten, die dem Träger der Straßenbaulast entstehen würden, wenn er eine eigene Anlage zur Entwässerung der Fahrbahn herstellen oder erneuern würde.

§ 46

Träger der Straßenbaulast für Gemeindestraßen

Träger der Straßenbaulast für die Gemeindestraßen sind die Gemeinden.

§ 47

Straßenbaulast Dritter

(1) Die Straßenbaulast kann abweichend von den §§ 45 Abs. 1 bis 3 und 46 durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung einem anderen übertragen werden. Die §§ 45 Abs. 1 bis 3 und 46 gelten ferner nicht, soweit die Straßenbaulast nach anderen gesetzlichen Vorschriften oder auf Grund von bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen einem anderen Träger obliegt oder sie durch Verwaltungsakt einem anderen Träger auferlegt wird.

(2) Bürgerlich-rechtliche Verpflichtungen Dritter zur Erfüllung von Aufgaben, die sich aus der Straßenbau-

last ergeben, lassen die Straßenbaulast als solche unberührt.

(3) Der in den §§ 45 Abs. 1 bis 3 und 46 bestimmte Träger der Straßenbaulast ist bei gegenwärtiger erheblicher Gefahr für die Verkehrssicherheit auch in den Fällen des Absatzes 1 berechtigt und verpflichtet, auf Kosten des Dritten alle zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Dritte ist tunlichst vorher zu verständigen.

§ 48

Übertragung der Straßenbaulast bei Leistungsunfähigkeit

Erweist sich in den Fällen des § 47 Abs. 1 der andere zur Erfüllung der ihm aus der Straßenbaulast erwachsenden Verpflichtungen auf die Dauer außerstande, so kann die Straßenaufsichtsbehörde, bei Landesstraßen das Regierungspräsidium, die Straßenbaulast

entsprechend der Eingruppierung der Straße auf das Land, den Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande, den Landkreis oder die Gemeinde übertragen, wenn dies aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit geboten ist.

§ 49

Unterhaltung der Gehwege an Ortsstraßen und Ortsdurchfahrten

Die Gemeinden können die Unterhaltung von Gehwegen an Ortsstraßen und Ortsdurchfahrten einschließlich der Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen durch Satzung den Eigentümern oder Erbbauberechtigten der durch die Straße erschlossenen bebauten, bebaubaren oder gewerblich genutzten Grundstücke auferlegen oder von diesen zur Deckung des Aufwands für die Unterhaltung der Gehwege Beiträge erheben; dies gilt nicht, soweit Gehwege zum Parken benutzt werden dürfen.

DRITTER TEIL

Aufsicht und Zuständigkeiten

§ 50

Straßenaufsicht

(1) Die Erfüllung der den Trägern der Straßenbaulast obliegenden Aufgaben aus der Straßenbaulast wird, soweit diese nicht dem Land obliegt, durch die Straßenaufsicht überwacht.

(2) Der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande, die Landkreise, die Gemeinden und die Zweckverbände unterliegen nur der Rechtsaufsicht.

(3) Ist ein anderer als das Land oder eine der in Absatz 2 genannten Körperschaften Träger der Straßenbaulast, so ist er bei der Wahrnehmung der sich aus der Straßenbaulast ergebenden Aufgaben in vollem Umfang an die Weisungen der Straßenaufsichtsbehörde gebunden. Kommt er diesen Weisungen innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nicht nach, so kann die Straßenaufsichtsbehörde die notwendigen Maßnahmen auf seine Kosten treffen oder treffen lassen.

§ 51

Straßenaufsichtsbehörden

(1) Straßenaufsichtsbehörden für den Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande, die Landkreise, die Gemeinden und die Zweckverbände sind die Rechtsaufsichtsbehörden.

(2) Ist ein anderer als das Land oder eine der in Absatz 1 genannten Körperschaften Träger der Straßenbaulast, so sind Straßenaufsichtsbehörden bei Landesstraßen, bei Kreisstraßen und bei Gemeindestraßen in den Stadtkreisen und Großen Kreisstädten die Regierungspräsidien, bei Gemeindestraßen in den übrigen Gemeinden die Landratsämter als untere Verwaltungsbehörden.

§ 52

Straßenbaubehörden

(1) Oberste Straßenbaubehörde ist das Innenministerium, für die öffentlichen Feld- und Waldwege das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten.

(2) Höhere Straßenbaubehörden sind die Regierungspräsidien.

(3) Straßenbaubehörden sind

1. für die Landesstraßen

a) die Straßenbauämter, soweit dem Land die Straßenbaulast obliegt,

b) das Hohenzollerische Landesbauamt, soweit dem Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande die Straßenbaulast obliegt,

- c) die Gemeinden, soweit den Gemeinden die Straßenbaulast obliegt;
2. für die Kreisstraßen
- a) die Landratsämter, soweit den Landkreisen die Straßenbaulast obliegt,
- b) die Gemeinden, soweit den Gemeinden die Straßenbaulast obliegt;
3. für die Gemeindestraßen die Gemeinden.

(4) Ist ein anderer als das Land, der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande, ein Landkreis oder eine Gemeinde Träger der Straßenbaulast, so werden die Aufgaben der Straßenbaubehörde von der Straßenaufsichtsbehörde und, sofern Träger der Straßenbaulast eine Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts ist, von dieser wahrgenommen; § 5 Abs. 2 Satz 2 und § 7 Abs. 2 Satz 2 bleiben unberührt.

§ 53

Technische Verwaltung der Kreisstraßen

(1) Soweit bei Kreisstraßen die Straßenbaulast den Landkreisen obliegt, wird die technische Verwaltung von den Straßenbauämtern, in den Landkreisen Hechingen und Sigmaringen vom Hohenzollerischen Landesbauamt, ausgeübt. Das Recht der Landkreise, über die für den Bau und die Unterhaltung der Kreisstraßen bereitzustellenden Mittel zu bestimmen und sie zu bewirtschaften, bleibt unberührt; die Landkreise können den Straßenbauämtern, die Landkreise Hechingen und Sigmaringen dem Hohenzollerischen Landesbauamt die für den Bau und die Unterhaltung der Straßen bereitgestellten Mittel ganz oder teilweise zur selbständigen Bewirtschaftung überlassen.

(2) Die Kosten für die technische Verwaltung nach Absatz 1 Satz 1 trägt das Land, in den Landkreisen Hechingen und Sigmaringen der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande. Für die zur Unterhaltung dieser Straßen erforderlichen Straßenwärter und deren Hilfskräfte gilt § 40 der Landkreisordnung. In dringenden Fällen, insbesondere zur Beseitigung von Notständen, kann das Straßenbauamt vorübergehend staatliche Arbeitskräfte gegen Kostenersatz zur Verfügung stellen oder auf Rechnung des Landkreises vorübergehend Arbeiter einstellen. Wenn eine Zustim-

mung des Landkreises hierzu nicht eingeholt werden kann, ist der Landkreis unverzüglich zu unterrichten.

(3) Das Innenministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung den Umfang der technischen Verwaltung nach Absatz 1 Satz 1 näher zu bestimmen; es kann dabei Vorschriften über das Zusammenwirken der für die technische Verwaltung zuständigen Behörde mit der sonst zuständigen Straßenbaubehörde erlassen. Die für die technische Verwaltung zuständige Behörde nimmt in dem durch die Rechtsverordnung nach Satz 1 bestimmten Umfang die Aufgaben der Straßenbaubehörde wahr.

§ 54

Wahrnehmung technischer Aufgaben bei Gemeindestraßen

(1) Die Straßenbauämter und das Hohenzollerische Landesbauamt können durch Vereinbarung mit einer Gemeinde die technische Verwaltung von dem allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr dienenden Gemeindestraßen übernehmen, soweit dadurch eine Beeinträchtigung ihrer sonstigen Aufgaben nicht zu erwarten ist; die Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Regierungspräsidiums. Die Straßenbauämter und das Hohenzollerische Landesbauamt nehmen in dem durch die Vereinbarung nach Satz 1 bestimmten Umfang die Aufgaben der Straßenbaubehörde wahr.

(2) Vorschriften, die die Zuständigkeit für die Betreuung beim Bau und bei der Unterhaltung öffentlicher Feld- und Waldwege abweichend von den Vorschriften dieses Gesetzes regeln, bleiben unberührt.

§ 55

Technische Verwaltung der Ortsdurchfahrten

Das Regierungspräsidium kann die technische Verwaltung der Ortsdurchfahrten, soweit diese in der Straßenbaulast des Bundes, des Landes oder eines Landkreises stehen, ganz oder teilweise durch Vereinbarung der Gemeinde übertragen, wenn diese die technischen und personellen Voraussetzungen hierfür erfüllt; bei einer Kreisstraße bedarf die Vereinbarung der Zustimmung des Landkreises. Die Gemeinden nehmen in dem durch die Vereinbarung nach Satz 1 bestimmten Umfang die Aufgaben der Straßenbaubehörde wahr.

Ordnungswidrigkeiten, Übergangs- und Schlußbestimmungen

1. Abschnitt

Ordnungswidrigkeiten

§ 56

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. eine Straße unbefugt zu Sondernutzungen gebraucht, den mit der Erlaubnis nach § 18 Abs. 3 Satz 2 verbundenen Auflagen oder der Unterhaltungspflicht nach § 18 Abs. 4 Satz 1 zuwiderhandelt;
2. entgegen den §§ 24, 25, 27 und 28 Anlagen errichtet oder wesentlich verändert, nach § 24 Abs. 5 erteilten Auflagen oder einer auf Grund von § 24 Abs. 7 erlassenen Satzung zuwiderhandelt, soweit die Satzung auf diese Bußgeldvorschrift verweist;
3. entgegen den Vorschriften des § 29 Abs. 1 oder 3 wesentlich wertsteigernde oder den geplanten Straßenbau erheblich erschwerende Veränderungen vornimmt;
4. als Nutzungsberechtigter einer Schutzwaldung den Vorschriften des § 30 Abs. 2 Satz 1 zuwiderhandelt;
5. die von der Straßenbaubehörde nach § 31 Abs. 1 Satz 1 angelegten Einrichtungen unbefugt beseitigt oder unbrauchbar macht oder der Vorschrift des § 31 Abs. 1 Satz 1 zuwiderhandelt;
6. einer auf Grund des § 32 erlassenen Polizeiverordnung zuwiderhandelt, soweit die Polizeiverordnung auf diese Bußgeldvorschrift verweist;
7. einer auf Grund des § 43 Abs. 2 erlassenen Polizeiverordnung zuwiderhandelt, soweit die Polizeiverordnung auf diese Bußgeldvorschrift verweist;
8. eine von ihm verursachte Verunreinigung im Sinne des § 44 nicht unverzüglich beseitigt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Bei vorsätzlichen Verstößen nach Absatz 1 Nr. 2 und 3 kann eine Geldbuße bis zu 10 000 DM festgesetzt werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952 (BGBl. I S. 177) findet Anwendung. Das Unterwerfungsverfahren nach § 67 des genannten Gesetzes ist zulässig.

(3) Zuständige Verwaltungsbehörden im Sinne von § 73 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind die unteren Verwaltungsbehörden.

2. Abschnitt

Übergangsbestimmungen

§ 57

*Einteilung der vorhandenen öffentlichen Straßen;
Widmung von Feld- und Waldwegen*

(1) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Straßen, Wege und Plätze, die nach bisherigem Recht öffentliche Straßen, Wege und Plätze waren und nicht zu den Bundesfernstraßen gehören, sind öffentliche Straßen im Sinne dieses Gesetzes. Sie werden, soweit sie bisher Landstraßen I. Ordnung waren, Landesstraßen, soweit sie bisher Landstraßen II. Ordnung waren, Kreisstraßen; dies gilt auch dann, wenn Straßen, ohne im Straßenverzeichnis eingetragen zu sein, bisher als Landstraßen I. Ordnung oder als Landstraßen II. Ordnung verwaltet worden sind. Die übrigen Straßen werden Gemeindestraßen. Soweit Straßen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes Gemeindestraßen sind, die Merkmale einer höheren Straßengruppe erfüllen, sind sie innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes mit Wirkung auf den Beginn des nächsten Rechnungsjahres aufzustufen.

(2) Die der Bewirtschaftung von Feld- und Waldgrundstücken dienenden Wege, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht öffentliche Wege sind, sind von der Gemeinde in angemessener Zeit, wo Flurbereinigerungsverfahren zu erwarten sind, nicht vor deren Durchführung, einem beschränkten öffentlichen Verkehr zu widmen, wenn sie nicht nur dem Verkehrsbedürfnis einzelner Grundstückseigentümer dienen oder wenn öffentliche Förderungsmittel für den Bau oder die Unterhaltung solcher Wege verwendet werden. § 12 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 58

Straßenverzeichnisse

Die auf Grund der Verordnung über die Straßenverzeichnisse vom 27. September 1935 (RGBl. I S. 1193) eingerichteten Verzeichnisse werden für die Landesstraßen und die Kreisstraßen nach den Vorschriften dieser Verordnung bis zum Inkrafttreten der Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Satz 4 weitergeführt.

§ 59

Ortsdurchfahrten

Beginn und Ende der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Ortsdurchfahrten sind innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nach den Vorschriften des § 8 zu überprüfen und nötigenfalls neu festzusetzen. Bis zu einer Neufestsetzung sind die Festsetzungen nach den §§ 13, 14 und 16 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1237) weiterhin maßgebend.

§ 60

Ortsumgehungen

Ortsumgehungen, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes nach § 19 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1237) gebaut worden sind, sind Ortsumgehungen im Sinne dieses Gesetzes. Dies gilt auch dann, wenn inzwischen Zufahrten von den angrenzenden Grundstücken geschaffen worden sind.

§ 61

Unterhaltung bestehender Böschungen und Stützmauern

(1) Soweit Böschungen und Stützmauern, die zum Schutz der Straße und zugleich für die ordnungsmäßige Nutzung eines angrenzenden Grundstücks notwendig sind, bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht im Eigentum des Trägers der Straßenbaulast stehen und dieser zum Erwerb des Eigentums auf Grund von § 14 Abs. 5 nicht verpflichtet ist, sind sie weiterhin von demjenigen zu unterhalten, der bisher zu ihrer Unterhaltung verpflichtet war. Abweichende Vereinbarungen sind zulässig.

(2) Soweit Böschungen öffentlicher Waldwege nach § 62 Abs. 1 Satz 2 vom Eigentumsübergang ausgenommen sind, sind sie von dem Eigentümer zu unterhalten. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 62

Gesetzlicher Eigentumsübergang

(1) Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes geht das Eigentum an den Straßen, das bisher nicht dem Träger der Straßenbaulast zustand, ohne Entschädigung auf den Träger der Straßenbaulast über, wenn dieser das Land, der Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande, ein Landkreis oder eine Gemeinde ist und das Eigentum bisher einer dieser Körperschaften zustand; dies gilt nicht für Nebenanlagen. Bei öffentlichen Wald-

wegen beschränkt sich der Eigentumsübergang nach Satz 1 auf den unmittelbar an die Straßenkrone oder eine Entwässerungsanlage angrenzenden Teil der Böschung bis zu einer seitlichen Entfernung von einem Meter von der Straßenkrone oder der Entwässerungsanlage, gemessen in horizontaler Richtung.

(2) Die §§ 10 Abs. 3, 11 Abs. 1 Satz 2 und Absatz 2 sowie § 12 gelten entsprechend.

§ 63

Benutzung

(1) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Rechte und Befugnisse zur Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus gelten, soweit nicht die Voraussetzungen des § 23 Abs. 1 vorliegen, als Sondernutzungen im Sinne dieses Gesetzes. Die Erlaubnis nach § 18 Abs. 1 Satz 1 gilt als erteilt, solange eine solche Sondernutzung nicht widerrufen oder durch Fristablauf erloschen ist. Nach bisherigem Recht unwiderrufliche und zugleich unbefristete Nutzungsrechte können aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben des Trägers der Straßenbaulast erforderlich ist, widerrufen werden; dies gilt auch für befristete Nutzungsrechte. Wird in den Fällen des Satzes 3 die Sondernutzung widerrufen, so kann der Betroffene für die dadurch entstehenden Vermögensnachteile vom Träger der Straßenbaulast eine angemessene Entschädigung in Geld verlangen.

(2) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Zufahrten zu Straßen, die den Merkmalen des § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 entsprechen, gelten als Sondernutzungen im Sinne dieses Gesetzes, auch wenn für sie nach bisherigem Recht eine Gebrauchserlaubnis oder die Verleihung eines Nutzungsrechts nicht erforderlich war. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend mit der Maßgabe, daß beim Widerruf von nach bisherigem Recht unwiderruflichen Sondernutzungen oder beim vorzeitigen Widerruf befristeter Sondernutzungen eine Entschädigung in Geld nur insoweit verlangt werden kann, als der Träger der Straßenbaulast nicht einen angemessenen Ersatz schafft.

(3) Soweit bei Inkrafttreten dieses Gesetzes die Benutzung von Straßen über den Gemeingebrauch hinaus durch bürgerlich-rechtlichen Vertrag geregelt ist und nicht die Voraussetzungen des § 23 Abs. 1 vorliegen, gelten für diese Benutzung die Vorschriften über Sondernutzungen von dem Zeitpunkt an, zu dem der Träger der Straßenbaulast den Vertrag nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erstmals kündigen kann. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Für Nutzungen an Baumpflanzungen, die nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 26. März 1934 (RGBl. I S. 243) überlassen wurden, gelten die Vorschriften des bürgerlichen Rechts.

§ 64

Unterhaltung von Kreuzungen

Ist die Unterhaltung von Kreuzungen bei Inkrafttreten dieses Gesetzes abweichend von § 35 Abs. 1 bis 5 geregelt, so tritt die Regelung in dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem die Kreuzung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in erheblichem Umfang geändert wird.

§ 65

Enteignungsverfahren

(1) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes eingeleiteten Enteignungsverfahren sind nach den bisherigen Vorschriften zu Ende zu führen.

(2) Ist ein Straßenbauvorhaben bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits abgeschlossen, so kann das Verfahren zur Feststellung der Enteignungsentschädigung ohne weiteres durchgeführt werden, wenn dem Betroffenen oder seinem Rechtsvorgänger die Inanspruchnahme des Grundeigentums bekannt war und er sie geduldet hat oder wenn seit der Inanspruchnahme mehr als vier Jahre vergangen sind.

§ 66

Wechsel des Trägers der Straßenbaulast bei Ortsdurchfahrten

Wechselt auf Grund des § 45 Abs. 3 Satz 1 der Träger der Straßenbaulast für eine Ortsdurchfahrt, so tritt der Wechsel mit dem Beginn des auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Rechnungsjahres ein.

3. Abschnitt

Schlußbestimmungen

§ 67

Hoheitliche Wahrnehmung der dienstlichen Obliegenheiten

Die mit dem Bau und der Unterhaltung sowie der Überwachung der Verkehrssicherheit der öffentlichen Straßen einschließlich der Bundesfernstraßen zusammenhängenden Pflichten obliegen den Organen und Bediensteten der damit befaßten Körperschaften und Behörden als Amtspflichten in Ausübung hoheitlicher Tätigkeit.

§ 68

Entschädigung in Geld

Soweit nach diesem Gesetz eine angemessene Ent-

schädigung in Geld zu leisten ist, gelten die §§ 93 und 95 bis 99 des Bundesbaugesetzes entsprechend mit der Maßgabe, daß an die Stelle des in § 99 Abs. 3 Satz 1 des Bundesbaugesetzes genannten Zinssatzes ein Zinssatz von vier vom Hundert tritt.

§ 69

Straßenstatistik

Die Träger der Straßenbaulast sind verpflichtet, auf Verlangen der obersten Straßenbaubehörde zu statistischen Zwecken Angaben über ihre Straßen und Wege zu machen.

§ 70

Verwaltungsvorschriften

Die oberste Straßenbaubehörde erläßt die Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes.

§ 71

Zusammenwirken des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten und des Innenministeriums

(1) Rechtsverordnungen des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten auf Grund des § 32 ergehen im Einvernehmen mit dem Innenministerium. Verwaltungsvorschriften des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten ergehen im Einvernehmen mit dem Innenministerium, soweit sie öffentliche Straßen berühren, die nicht Feld- oder Waldwege sind.

(2) Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums ergehen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, soweit sie öffentliche Feld- oder Waldwege berühren.

§ 72

Angleichung bestehender Vorschriften

(1) An die Stelle der in fortgeltenden Rechts- oder Verwaltungsvorschriften verwendeten Begriffe „Landstraße I. Ordnung“ und „Landstraße II. Ordnung“ treten die Begriffe „Landesstraße“ und „Kreisstraße“.

(2) § 24 Abs. 3 des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich vom 28. November 1961 — FAG 1962 — (GesBl. S. 345) wird aufgehoben.

§ 73

Anderung des Landeseisenbahngesetzes

Das Landeseisenbahngesetz vom 6. Juli 1951 (RegBl. für Württemberg-Baden S. 49) in der Fassung des Gesetzes über die Ausdehnung des württemberg-badischen Landeseisenbahngesetzes auf die Regie-

rungsbezirke Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern vom 1. März 1954 (GesBl. S. 30) wird wie folgt geändert:

1. § 8 Abs. 2 Nr. 5 wird gestrichen.
2. § 8 erhält folgenden Abs. 4:
„(4) § 19 a bleibt unberührt.“
3. In § 17 Abs. 2 werden die Worte „ein öffentlicher Weg oder“ gestrichen.
4. Nach § 19 wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Fünfter Abschnitt

§ 19 a

Benutzung öffentlicher Straßen

(1) Soll von der Eisenbahn eine öffentliche Straße benutzt werden, so hat der Unternehmer die Zustimmung des Trägers der Straßenbaulast beizubringen. Dies gilt auch für höhengleiche Kreuzungen von öffentlichen Straßen mit Eisenbahnen. Der Träger der Straßenbaulast kann für die Benutzung der Straße ein angemessenes Entgelt verlangen. Dies gilt nicht, wenn eine Straße schon bei Inkrafttreten dieser Vorschrift von einer Eisenbahn benutzt wird.

(2) Kommt über die Benutzung der Straße eine Einigung nicht zustande, so kann die Zustimmung des Trägers der Straßenbaulast durch eine Entscheidung des Innenministeriums ersetzt werden, wenn das Wohl der Allgemeinheit die Benutzung der Straße durch die Eisenbahn erfordert. Kommt über die Höhe des Entgelts für die Benutzung der Straße eine Einigung nicht zustande, so kann das Innenministerium die Höhe des Entgelts unter angemessener Berücksichtigung des Wohls der Allgemeinheit und der Beteiligten festsetzen.

(3) Wird eine Straße, die von einer Eisenbahn benutzt wird, erweitert oder verlegt, so kann der Träger der Straßenbaulast von dem Unternehmer einen angemessenen Beitrag zu den Kosten der Erweiterung oder Verlegung verlangen. Dabei ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit die Erweiterung oder Verlegung der Straße durch die Eisenbahn, den sonstigen Straßenverkehr oder andere Gründe veranlaßt ist. Abweichende Vereinbarungen sind zulässig. Kommt über die Höhe des Beitrags keine Einigung zustande, so gilt Absatz 2 Satz 2 entsprechend.

(4) Nach Ablauf des Unternehmungsrechts hat der Unternehmer auf Verlangen des Trägers der Straßenbaulast die Eisenbahnanlagen zu beseitigen und den benutzten Teil der Straße wieder ordnungsgemäß herzustellen.

(5) Absatz 3 gilt nicht für höhengleiche Kreuzungen von öffentlichen Straßen mit Eisenbahnen.“

5. Der bisherige Fünfte Abschnitt wird Sechster Abschnitt.

§ 74

Außerkräfttreten von Vorschriften

(1) Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt Recht, das diesem Gesetz entspricht oder widerspricht, außer Kraft. Insbesondere treten, soweit sie bisher noch in Geltung sind, in ihrem jeweiligen Geltungsbereich innerhalb des Landes außer Kraft:

1. die württ. Wegordnung vom 23. Oktober 1808 (RegBl. 1809, S. 19) in der Fassung der Verordnung, betreffend Vorschriften über die Benützung öffentlicher Straßen und ihrer Behörden, vom 6. Juli 1873 (RegBl. S. 295),
2. die Verordnung des bad. Ministeriums des Innern, das Pflanzen der Bäume, längs den Land-Straßen betreffend, vom 26. August 1817 (RegBl. S. 85),
3. die Verfügung des württ. Ministeriums des Innern, die Baulast an Nachbarschafts-Wegen betreffend, vom 19. Juni 1828 (RegBl. S. 553),
4. das württ. Gesetz, betreffend die Baulast an Brücken, welche Theile von Staatsstraßen bilden, vom 11. Dezember 1833 (RegBl. S. 495),
5. die Verfügung des württ. Ministeriums des Innern, betreffend die Verbesserung und die Unterhaltung der Staatsstraßen innerhalb der Ortsetter vom 13. Mai 1837 (RegBl. S. 231) in der Fassung der Verordnung, betreffend die Zuständigkeit der Regierungsbehörden in Baupolizeisachen, vom 16. Dezember 1872 (RegBl. S. 399),
6. das württ. Gesetz über Feldwege, Trepp- und Überfahrtsrechte vom 26. März 1862 (RegBl. S. 91) in der Fassung des Art. 76 des Gesetzes betreffend die Feldbereinigung vom 30. März 1886 (RegBl. S. 111) und des Art. 312 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und zu anderen Reichsjustizgesetzen vom 29. Dezember 1931 (RegBl. S. 545),
7. die württ. Verordnung, betreffend Vorschriften über die Benützung öffentlicher Straßen und

- ihrer Zubehörden, vom 6. Juli 1873 (RegBl. S. 295) in der Fassung der Verordnung vom 16. September 1900 (RegBl. S. 713) und der Verordnung des Staatsministeriums über die Benützung öffentlicher Straßen vom 27. Juli 1926 (RegBl. S. 207) mit Ausnahme der §§ 1 bis 3,
8. die §§ 55 bis 57 des preuß. Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Ges.Sammlung S. 237),
 9. das bad. Straßengesetz vom 14. Juni 1884 (GVBl. S. 285) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1931 (GVBl. S. 317),
 10. die Verordnung des bad. Ministeriums des Innern, die Offenhaltung der öffentlichen Wege bei Schneeanhäufungen betreffend, vom 17. Januar 1885 (GVBl. S. 20),
 11. Art. 7 des bad. Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 17. Juni 1899 (GVBl. S. 229) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Oktober 1925 (GVBl. S. 281),
 12. die §§ 1, 22 Abs. 5 Buchst. d und Abs. 6, 24, 26, 29 Abs. 4, 30 Abs. 1 und 2, soweit diese Absätze sich auf § 31 des bad. Straßengesetzes beziehen, sowie § 30 Abs. 3 und 4 des bad. Ortsstraßengesetzes vom 15. Oktober 1908 (GVBl. S. 605) in der geltenden Fassung,
 13. § 1 Abs. 2 bis 4 und § 6 Abs. 1 und Abs. 5 Satz 2 der bad. Verordnung, die Sicherung der öffentlichen Gesundheit und Reinlichkeit betreffend (Gesundheitsverordnung), vom 23. Dezember 1908 (GVBl. S. 685),
 14. die Art. 18, 21 Abs. 2, 24 Abs. 4, Abs. 5 Satz 3 und Abs. 7 sowie Art. 62 Abs. 1 der württ. Bauordnung vom 28. Juli 1910 (RegBl. S. 333) in der geltenden Fassung,
 15. das preuß. Gesetz über die Reinigung öffentlicher Wege vom 1. Juli 1912 (Ges.Sammlung S. 187) in der Fassung des Art. V der Verordnung vom 17. März 1933 (Ges.Sammlung S. 43),
 16. das württ. Gesetz über das Reinigen, Begießen und Bestreuen der Straßen vom 6. Februar 1923 (RegBl. S. 79),
 17. das Straßenbaugesetz für die Hohenzollernschen Lande vom 29. November 1928 (Ges. Sammlung S. 209),
 18. die Verordnung des bad. Ministers der Finanzen zum Vollzug des Straßengesetzes vom 9. September 1931 (GVBl. S. 334) in der Fassung der Verordnung vom 14. März 1933 (GVBl. S. 43) und der Wegepolizeiverordnung vom 20. August 1935 (GVBl. S. 269),
 19. das württ. Gesetz zur Verbesserung des Straßenwesens vom 26. Januar 1934 (RegBl. S. 34),
 20. die bad. Wegepolizeiverordnung vom 20. August 1935 (GVBl. S. 269) in der Fassung der Verordnung vom 11. Januar 1938 (GVBl. S. 3) mit Ausnahme der §§ 1 und 2,
 21. das Gesetz über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 26. März 1934 (RGBl. I S. 243),
 22. § 1 Nr. 16 und 17 der württ. Verordnung des Innenministers, des Kultministers und des Wirtschaftsministers über die zur Entscheidung von Verwaltungsrechtsstreitigkeiten berufenen Behörden vom 7. September 1936 (RegBl. S. 116),
 23. die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 7. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1237) in der Fassung der Verordnung vom 25. März 1939 (RGBl. I S. 629),
 24. § 12 des Reichspolizeikostengesetzes vom 29. April 1940 (RGBl. I S. 688),
 25. Art. 14 der Verordnung zur Durchführung des Reichspolizeikostengesetzes vom 23. September 1940 (RGBl. I S. 1260),
 26. die Verordnung des Innenministeriums und des Finanzministeriums zur Durchführung des Straßenlastenausgleichs bei Gemeindeverbindungsstraßen vom 3. Mai 1962 (GesBl. S. 34).
- (2) Die in den Nrn. 7 und 20 ausgenommenen Vorschriften, ferner die Art. 19 und 20 des württ. Gesetzes, betreffend Änderungen des Polizeistrafrechts bei Einführung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich, vom 27. Dezember 1871 (RegBl. S. 391) sowie die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes sonst bestehenden Vorschriften zum Schutz des Straßenkörpers treten mit Inkrafttreten von Rechtsverordnungen auf Grund von § 32, spätestens jedoch drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, außer Kraft.
- (3) Die Verordnung über die Straßenverzeichnisse vom 27. September 1935 (RGBl. I S. 1193) tritt mit In-

krafttreten der Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Satz 4 außer Kraft.

(4) Polizeiverordnungen oder Satzungen der Gemeinden sowie örtliches Gewohnheitsrecht über das Reinigen, Räumen und Bestreuen von Straßen treten mit dem Inkrafttreten von Polizeiverordnungen nach § 43 Abs. 2, spätestens jedoch zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, außer Kraft. Dies gilt nicht für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Vorschriften über die Heranziehung der Straßenanlieger zu den Kosten der Straßenreinigung, des Schneeräumens und des Bestreuens der Straßen; diese Vorschriften treten, soweit sie sich auf das Schneeräumen und das Bestreuen beziehen, mit dem Inkrafttreten von Satzungen nach § 43 Abs. 3 Satz 1 dieses Gesetzes, spätestens jedoch zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, außer Kraft.

(5) Soweit in Rechtsvorschriften auf die nach den Absätzen 1 bis 4 außer Kraft tretenden Vorschriften Bezug

genommen ist, treten an ihre Stelle vom Zeitpunkt ihres Außerkrafttretens an die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen.

§ 75

Inkrafttreten

Soweit dieses Gesetz Ermächtigungen zum Erlaß von Rechts- und Verwaltungsvorschriften enthält, tritt es am Tage nach der Verkündung, im übrigen am 1. Juli 1964 in Kraft.

Stuttgart, den 20. März 1964

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

Kiesinger Dr. Wolfgang Haußmann
 Dr. Filbinger Dr. Storz
 Dr. Hermann Müller Dr. Leuze
 Leibfried Schüttler Schwarz

Gesetz über die Feststellung eines Ersten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Rechnungsjahr 1964

Vom 17. März 1964

Der Landtag hat am 12. März 1964 das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) In dem dem Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Rechnungsjahr 1964 (Staatshaushaltsgesetz 1964) vom 16. Dezember 1963 (Ges.Bl. S. 199) beigefügten Staatshaushaltsplan treten hinzu:

Einzelplan	Einnahmen		Ausgaben	
	fortdauernde DM	einmalige DM	fortdauernde DM	einmalige DM
Ordentlicher Haushalt				
04 Kultusministerium bei Kap. 0401, 0420	-	-	+ 996 900	+ 877 700
06 Finanzministerium bei Kap. 0613	-	-	+ 200 000	-
12 Allgemeine Finanzverwaltung bei Kap. 1206, 1208	+ 2 674 600	-	-	+ 600 000
Summe:	+ 2 674 600	-	+ 1 196 900	+ 1 477 700
	+ 2 674 600		+ 2 674 600	

(2) Unter Berücksichtigung dieser Änderungen wird der Staatshaushaltsplan 1964 des Landes Baden-Württemberg wie folgt festgestellt:

Ordentlicher Haushalt

Einnahmen 5 899 551 800 DM
 Ausgaben 5 899 551 800 DM

Außerordentlicher Haushalt

Einnahmen 378 050 000 DM
 Ausgaben 378 050 000 DM

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1964 in Kraft.

Stuttgart, den 17. März 1964

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

Kiesinger Dr. Wolfgang Haußmann
 Dr. Filbinger Dr. Storz
 Dr. Hermann Müller Dr. Leuze
 Leibfried Schüttler Schwarz